



HESSEN



Bericht aus Brüssel

17/2023 vom 15.09.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	6
Wirtschaft.....	10
Verkehr.....	15
Energie.....	16
Digital.....	16
Forschung.....	16
Finanzen.....	17
Soziales.....	19
Gesundheit und Verbraucherschutz	20
Umwelt.....	22
Landwirtschaft.....	24
Justiz.....	25
Inneres.....	26
Bildung und Kultur.....	30
Information, Kommunikation und Medien	31
Veranstaltungen.....	32
Vorschau.....	35

Kommission; Jourová und Reynders übernehmen Dossiers von Vestager

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 05.09.2023 beschlossen, während des vorübergehenden Ausscheidens der Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager aus der Kommission die Lenkungs- und Koordinierungsverantwortung für „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ an Vizepräsidentin Věra Jourová und die Zuständigkeit für Wettbewerb an Kommissar Didier Reynders zu übertragen. Vestager hatte zuvor von der Leyen darüber unterrichtet, dass sie offiziell als Kandidatin der dänischen Regierung für die Präsidentschaft im Direktorium der Europäischen Investitionsbank nominiert wurde. Für die Dauer des Verfahrens hat sie unbezahlten Urlaub beantragt. Diesem Antrag hat von der Leyen stattgegeben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_23_4352

Kommission; Brexit; Politische Einigung EU-GBR über Beteiligung an Horizont Europa und Copernicus

Die Kommission und GBR haben am 07.09.2023 eine politische Einigung zur Beteiligung von GBR an Horizont Europa, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU, und Copernicus, dem weltweit führenden Erdbeobachtungsprogramm der EU, erzielt. Das Abkommen steht laut Kommission im Einklang mit dem Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und GBR. GBR sei verpflichtet, einen finanziellen Beitrag zum EU-Haushalt für seine Beteiligung an Horizont Europa und Copernicus zu leisten. Vom 01.01.2024 an könnten Forscherinnen und Forscher und Organisationen von GBR dann in gleicher Weise wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den EU-Mitgliedstaaten an Horizont Europa teilnehmen und hätten Zugang zu den Mitteln von Horizont Europa. Die Assoziierung mit Copernicus ermögliche den Beitrag von GBR zu einem strategisch wichtigen Weltraumprogramm mit hochmodernen Kapazitäten zur Überwachung der Erde und zum Zugang zu ihren Diensten. GBR könne dann auch Zugang zu den Diensten der EU Space Surveillance and Tracking haben, einer Komponente des EU-Weltraumprogramms. Die politische Einigung muss noch vom Rat gebilligt werden, bevor sie im Fachausschuss EU-UK für die Teilnahme an Unionsprogrammen förmlich angenommen wird.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_23_4375

Kommission; Rede zur Lage der Union 2023

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hielt am 13.09.2023 ihre jährliche Rede zur Lage der Union vor dem EP in Straßburg. In der Rede zieht die Präsidentin der Kommission jedes Jahr eine Bilanz der EU-Politik der letzten Monate und legt die Ziele für das kommende Jahr fest. Im Anschluss findet im EP eine Aussprache statt. Kommissionspräsidentin von der Leyen verwies in ihrer Rede zunächst auf die Wahl des EP im Juni 2024 und betonte, in einer Welt voller Ungewissheiten müsse sich Europa wieder gemeinsam seinen historischen Herausforderungen stellen. Schwerpunkte der Rede waren dann die Themen Wirtschaft, Klimawandel, Digitalisierung und Migration. Auch die geopolitische Kommission spielte in ihrer Rede eine Rolle (vgl. Beitrag unter Europäisches Parlament).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_23_4426

Kommission; Iliana Ivanova: Bestätigung durch das Plenum

Das Plenum billigte am 12.09.2023 mit einer Mehrheit von 522 – 27 - 51 die Ernennung von Iliana Ivanova (BUL) zur Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend. Am 05.09.2023 führten der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und der Ausschuss für Kultur und Bildung eine dreistündige Anhörung mit

Iliana Ivanova durch, um ihre Eignung für die Nachfolge von Mariya Gabriel zu bewerten, die am 15.05.2023 als Kommissarin zurückgetreten war, um stellvertretende Ministerpräsidentin und Außenministerin Bulgariens zu werden. Nach der Anhörung gaben beide Ausschüsse Frau Ivanova eine positive Bewertung, die anschließend von der Konferenz der Ausschussvorsitzenden, der Konferenz der Präsidenten (EP-Präsident Metsola und Fraktionsvorsitzende) und nun dem Plenum des Parlaments bestätigt wurde.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230911IPR04907/meps-confirm-iliana-ivanova-as-new-commissioner>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Leitfaden für Unternehmen, Vermeidung der Umgehung von Sanktionen

Die Kommission hat am 07.09.2023 eine Mitteilung über einen Leitfaden für europäische Unternehmen veröffentlicht, wie sie bei ihren Geschäftspartnern Risiken der Umgehung von Sanktionen erkennen und vermeiden können. Dieser Leitfaden gibt einen allgemeinen Überblick, was die Wirtschaftsbeteiligten in der EU tun müssen, um die im EU-Recht vorgeschriebenen Sorgfaltspflichten zu erfüllen. Die Kommission bekräftigt damit auch die unerschütterliche Unterstützung der EU für die Ukraine. Russland versucht gegen die von der EU verhängten Sanktionen immer neue Techniken zu entwickeln, um diese zu umgehen. Diese praktischen Leitlinien sollen EU-Experteure dabei unterstützen, Warnzeichen zu erkennen und das Risiko der Umgehung von Sanktionen zu verringern.

https://finance.ec.europa.eu/system/files/2023-09/230905-guidance-eu-operators-russia-sanctions-circumvention_en.pdf

Rat; Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine

Der Rat hat am 08.09.2023 beschlossen, restriktive Maßnahmen gegen sechs Personen zu verhängen, die für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in der Russischen Föderation und in den vorübergehend von Russland besetzten Gebieten der Ukraine verantwortlich sind. Zu den Personen, die in die Liste aufgenommen wurden, gehören Staatsanwälte und Richter an Gerichten, die von der russischen Besatzungsmacht auf der rechtswidrig annektierten Krim eingerichtet wurden. Sie waren unter anderem politisch an motivierten Gerichtsverfahren beteiligt. Der Justizapparat des Landes wird laut Rat von der russischen Führung bei zahlreichen schweren Menschenrechtsverletzungen als Mittel eingesetzt. Das Justizwesen sei nicht unabhängig und diene der systematischen und schweren Verletzung der Menschenrechte von Regimekritikern, deren Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt wird. Ferner befinden sich in der Liste der aufgenommenen Personen zwei Mitglieder des Inlandsgeheimdienstes der Russischen Föderation (FSB). Der Rat stellt erneut fest, dass die EU Russlands Versuch der rechtswidrigen Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol sowie von Teilen der ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson, der einen Verstoß gegen das Völkerrecht einschließlich der VN-Charta darstellt, nicht anerkennt. Die EU setze sich weiterhin nachdrücklich für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen ein und sei weiter fest entschlossen, ihre Politik der Nichtanerkennung uneingeschränkt umzusetzen. Der Rat äußert abschließend seine Sorge über die anhaltende Verschlechterung der

Menschenrechtsslage in den Gebieten der Ukraine, die Russland im Rahmen seines Angriffskriegs gegen die Ukraine vorübergehend besetzt hat.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L:2023:221I:TOC>

EuG; Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-270/22 | Pumpyanskiy / Rat und T-272/22 | Pumpyanskaya / Rat

Das Gericht wies am 06.09.2023 die Klagen von Herrn Dmitry Alexandrovich Pumpyanskiy und Frau Galina Evgenyevna Pumpyanskaya gegen die vom Rat erlassenen restriktiven Maßnahmen ab. Auch wenn Herr Pumpyanskiy an den militärischen Angriffshandlungen in der Ukraine nicht unmittelbar beteiligt gewesen sei, sei er in Wirtschaftsbereichen tätig, die der Regierung Russlands als wichtige Einnahmequelle dienen. Entgegen dem Vorbringen von Herrn Pumpyanskiy stellt das Gericht fest, dass die vom Rat vorgelegten Beweise darauf schließen lassen, dass seine Aufnahme in die Liste der restriktiven Maßnahmen berechtigt sei, weil er als einflussreicher Geschäftsmann in der Öl- und Gasindustrie angesehen werden könne, die für die russische Regierung eine wichtige Einnahmequelle darstelle. Was die Aufnahme von Frau Pumpyanskaya in die Liste der restriktiven Maßnahmen betrifft, so weist das Gericht darauf hin, dass sie mit ihrem Ehemann angesichts ihrer jeweiligen Funktionen sowohl familiär als auch geschäftlich verbunden sei.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-270/22>

EuG; Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-65/18 RENV | Venezuela / Rat

Das Gericht wies am 13. 09.2023 die Klage von Venezuela gegen die restriktiven Maßnahmen der EU ab. In Anbetracht der Beeinträchtigung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie erließ der Rat am 13.11.2017 restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Venezuela. Diese Maßnahmen sahen im Wesentlichen ein Verbot des Verkaufs, der Lieferung, der Weitergabe oder der Ausfuhr von Ausrüstungen, die zur internen Repression verwendet werden können, sowie der Bereitstellung von Diensten im Zusammenhang mit diesen Ausrüstungen und Militärgütern an natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Venezuela oder zur Verwendung in Venezuela vor. Am 06.02.2018 erhob Venezuela beim EuG Union eine Klage auf Nichtigerklärung der Verordnung 2017/2063, soweit ihre Bestimmungen dieses Land betreffen. Mit Urteil vom 20.09.2019 wies das Gericht die Klage mit der Begründung als unzulässig ab, dass die Rechtsstellung Venezuelas von den streitgegenständlichen Maßnahmen nicht unmittelbar berührt sei. Auf das von Venezuela dagegen eingelegte Rechtsmittel hin hob der Gerichtshof am 22.06.2021 das Urteil des Gerichts insoweit auf, als mit ihm die Klage von Venezuela auf Nichtigerklärung der Art. 2, 3, 6 und 7 der Verordnung 2017/2063 für unzulässig erklärt worden war, und verwies die Rechtssache zur Entscheidung über die Begründetheit an das Gericht zurück. Mit seinem jetzigen Urteil weist das Gericht das gesamte von Venezuela zur Stützung seines Antrags auf Nichtigerklärung der Art. 2, 3, 6 und 7 der Verordnung 2017/2063 geltend gemachte Vorbringen zurück. Das Gericht stellt unter anderem fest, dass in Bezug auf das Vorbringen zur materiellen Unrichtigkeit der Tatsachenfeststellung und zu einem offensichtlichen Fehler bei der Beurteilung der politischen Lage in Venezuela sich der Rat bei der Beurteilung auf glaubwürdige und zuverlässige Informationen gestützt hat und dass Venezuela nicht nachgewiesen hat, dass die geltend gemachten Tatsachen inhaltlich falsch gewesen wären.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-65/18%20RENV>

EuG; Urteil T-305/22 Rashnikov / Rat

Das Gericht wies am 13. 09.2023 die Klage von Viktor Filippovich Rashnikov gegen die restriktiven Maßnahmen der EU ab. Im März 2022 beschloss der Rat angesichts

der Situation in der Ukraine, restriktive Maßnahmen gegen Rashnikov. Rashnikov sei ein führender russischer Geschäftsmann und Eigentümer sowie Vorstandsvorsitzender des Unternehmens Magnitogorsk Iron & Steel Works (MMK). Er sei als führender Geschäftsmann in Russland in Bereichen der Wirtschaft tätig, die der Regierung von Russland, als wichtige Einnahmequelle dienen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=277344&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1710610>

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 11.-14.09.2023 in Straßburg

Lage der Europäischen Union: Debatte mit Ursula von der Leyen

In ihrer letzten Rede zur Lage der Union vor der Europawahl erklärte Kommissionspräsidentin von der Leyen am 13.09.2023, dass die EU seit der ersten Vorstellung ihres Programms im Jahr 2019 einen grundlegenden Wandel durchlaufen habe, und fügte hinzu: „Wir haben über 90% der politischen Leitlinien umgesetzt, die ich damals vorgelegt habe.“ In Bezug auf den Green Deal, die Dekarbonisierung der europäischen Industrie bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, kündigte sie eine Untersuchung wegen subventionierter chinesischer E-Autos an. „Wir müssen uns gegen unfaire Praktiken wehren“, sagte sie. Von der Leyen betonte, wie wichtig ein fairer Wandel für Landwirte, Familien und die Industrie sei und dass „Europa alles tun wird, was nötig ist“, um seinen Wettbewerbsvorteil zu erhalten. Sie kündigte an, dass für jede neue Gesetzesinitiative eine Prüfung der Wettbewerbsfähigkeit durch ein unabhängiges Gremium durchgeführt wird. In Bezug auf Künstliche Intelligenz erklärte sie, dass KI die Gesundheitsversorgung verbessern, die Produktivität steigern und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen wird. Die „oberste Priorität der Kommission ist es, sicherzustellen, dass sich KI auf menschenzentrierte, transparente und verantwortungsvolle Weise entwickelt“, so von der Leyen, die auch ein internationales Expertengremium ähnlich dem Klimarat (IPCC) für den Klimawandel forderte, um ihre Entwicklung zu steuern. In Bezug auf die Ukraine kündigte sie an, dass die Kommission die Ausweitung des vorübergehenden Schutzes der EU für Ukrainerinnen und Ukrainer und zusätzliche 50 Milliarden Euro über vier Jahre für Investitionen und Reformen vorschlagen wird. „Unsere Unterstützung für die Ukraine wird Bestand haben.“ Die Kommissionspräsidentin verwies auch auf die Rechtsstaatlichkeit, die Erweiterung, die Migration, die Beziehungen zwischen der EU und Afrika, die Global-Gateway-Initiative, den Klimawandel, die Ernährungssicherheit und einen bevorstehenden Sozialpartnergipfel.

Der EVP-Fraktionsvorsitzende MdEP Manfred Weber (EVP/DEU) hob drei Prioritäten hervor. Erstens, Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit: „Wir brauchen Wachstum, wir brauchen Arbeitsplätze, wir brauchen angemessene Einkommen, wir brauchen Wohlstand, wir brauchen eine starke Industrie“. Er begrüßte Initiativen zum Bürokratieabbau, zu Investitionen in Innovationen und zur Verbesserung der Handelsbeziehungen. Zweitens nannte er die Migration und betonte, dass Europa entscheiden müsse, wer an seinen Grenzen einreisen dürfe, diese Entscheidung dürfe nicht den Schleppern überlassen werden. Drittens bekräftigte er die Notwendigkeit einer Europäischen Verteidigungsunion bis 2030. Dies sei das Projekt für unsere Generation. Es seien „Optimismus, Visionen, Werte“ erforderlich, und „die Bereitschaft, den nächsten Schritt zu machen, um eine echte Europäische Union zu werden.“

Die S&D-Fraktionsvorsitzende MdEP Iratxe García (S&D/ESP) erklärte, die oberste Priorität der EU sollte die Reindustrialisierung sein, um strategische Autonomie zu erreichen, und gleichzeitig den grünen Wandel voranzutreiben, um die Folgen des Klimawandels zu stoppen. Sie dankte von der Leyen für ihre klare Botschaft zur Unterstützung des Grünen Deals, bedauerte jedoch, dass die Konsolidierung der sozialen Säule der Union nicht betont wurde. García forderte, geschlechtsspezifische Gewalt in die Liste der EU-Straftatbestände aufzunehmen und die eingefrorenen russischen Vermögenswerte zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine zu verwenden. Die EU solle zudem eine Einigung über den Migrationspakt erzielen. Sie betonte, dass „das Geld der Europäer nicht in den Taschen von Regierungen landen kann, die die Grundrechte der Menschen missbrauchen“.

Der RN-Fraktionsvorsitzende MdEP Stéphane Séjourné (RN/FRA) betonte, wie wichtig es sei, die verbleibenden Monate der Legislaturperiode optimal zu nutzen. Er hob die positiven Schritte hervor, die als Reaktion auf die Pandemie, die russische Aggression gegen die Ukraine und den europäischen Green Deal unternommen wurden. Er forderte die EU auf, sich auf die Reindustrialisierung Europas zu konzentrieren, und wies darauf hin, dass die EU nun den digitalen „Wilden Westen“ reguliert habe. Séjourné betonte die Notwendigkeit einer dauerhaften Lösung der Migrationsprobleme. Er kritisierte auch die „giftige“ Einstimmigkeitsregel im Rat und forderte Europa auf, die verzweifelten Bitten der Richter in POL und HUN zu hören und für die Rechtsstaatlichkeit in den beiden Ländern tätig zu werden.

Der GRÜNE Fraktionsvorsitzende MdEP Philippe Lamberts (GRÜNE/BEL) kritisierte „diejenigen, die eine Pause in der Klima- und Umweltgesetzgebung fordern“ und sagte: „Wir stehen nicht über der Natur (...) Ob es uns gefällt oder nicht, es gibt Grenzen für das, was unser Planet ertragen kann und was er geben kann.“ Er sagte, der ökologische Wandel stelle „die größte wirtschaftliche Chance für Europa“ dar. Lamberts forderte die Kommission auch auf, sich mit Wohnungsfragen zu befassen und ihre Anstrengungen gegen Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit zu verstärken, „und zwar nicht nur gegenüber POL oder HUN“.

„Ist die EU heute in einer besseren Verfassung als vor zwanzig Jahren?“ fragte der ECR-Fraktionsvorsitzende MdEP Ryszard Legutko (ECR/POL). „Die Antwort ist nein, denn es herrscht mehr denn je Instabilität, Unsicherheit und die Inflation ist hoch.“ Der Menschenschmuggel floriere, der Green Deal sei ein kostspieliges Spektakel, die Kosten für die gemeinsame Verschuldung der EU würden doppelt so hoch sein wie prognostiziert und der EU-Haushalt liege in Trümmern. Die Kommission entwickle sich zu einer Oligarchie, mische sich in die nationale Politik ein und versuche, Regierungen zu stürzen, die ihr nicht genehm sind, nachdem die Kommission die Rechtsstaatlichkeit zu einer Karikatur gemacht habe.

Der ID-Fraktionsvorsitzende MdEP Marco Zanni (ID/ITL) sagte, dass die EU beim Green Deal „eine historische Chance hat, weniger ideologisch und pragmatischer zu sein“, und fügte hinzu, dass „wir den Klimawandel bekämpfen müssen, ohne unseren Landwirten, Unternehmen oder Gebäudeeigentümern“ zu schaden. In Bezug auf die angekündigten Untersuchungen ausländischer Subventionen stellte Zanni deren Nutzen in Frage und betonte, dass wir bereits wissen, dass China in unlauteren Wettbewerb verwickelt sei. In Bezug auf die Migration kritisierte er, dass die EU sich nicht einigen könne, dass „draußen bleiben müsse, wer kein Recht hat, drin zu sein“.

Der GUE-Fraktionsvorsitzende MdEP Martin Schirdewan (GUE/DEU) erklärte: „Politischer Erfolg bemisst sich nicht in schönen Sonntagsreden, sondern in der Lebensrealität der Mehrheit der Menschen.“ Trotz großer Versprechen sehe die Wirklichkeit für viele Europäer düster aus, mit steigenden Lebenshaltungskosten und sinkendem Reallohn. Er betonte die schwierige Situation von Arbeitern, alleinerziehenden Müttern und Rentnern und warf der Kommission vor, ein Europa zu fördern, das immer mehr den Unternehmen dient und nicht seinen Bürgerinnen und

Bürgern. „95 Millionen Menschen in der Europäischen Union sind von Armut bedroht,“ sagte er, und zur Kommissionspräsidentin: „Hören Sie auf mit Ihren Sonntagsreden, machen Sie endlich eine Politik für die Mehrheit der Menschen.“

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-09-13-ITM-002_DE.html

Zusammensetzung des EP

Die MdEP stimmten am 13.09.2023 für den Kompromissvorschlag der spanischen Ratspräsidentschaft zur Zusammensetzung des EP, welcher vorsieht, die Zahl der Sitze im EP für die nächste Wahlperiode von 705 auf 720 zu erhöhen. Der Vorschlag beruhte auf einem Bericht des Parlaments vom Juni 2023. Ausgangspunkt dieses Berichts waren die demografischen Veränderungen in der EU seit der Wahl von 2019. Die zusätzlichen Sitze werden wie folgt aufgeteilt: BEL 22 (+1), BUL 17, CZR 21, DNK 15 (+1), DEU 96, EST 7, IRL 14 (+1), GRI 21, ESP 61 (+2), FRA 81 (+2), KRO 12, ITL 76, CYP 6, LET 9, LIT 11 (+1), LUX 6, HUN 21, MTA 6, NDL 31 (+2), AUT 20 (+1), POL 53 (+1), PTL 21, ROM 33, SLO 9 (+1), SLK 15 (+1), FIN 15 (+1), SWE 21

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0311_DE.html

Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien

Am 12.09.2023 nahm das EP die Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien mit einer großen Mehrheit von 470 – 120 – 40 im Rahmen des Berichts von MdEP Markus Pieper (EVP/DEU) an. Die Richtlinie ist Teil des „Fit for 55“-Gesetzespakets. Sie sieht u.a. vor, dass der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch der EU bis 2030 insgesamt auf 42,5% angehoben wird (siehe Beitrag unter „Energie“).

Annahme des Standpunktes zur Verordnung für die Verbesserung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen

Das EP hat am 14.09.2023 mit einer großen Mehrheit von 515 – 34 - 28 im Rahmen des Berichts von MdEP Nicola Beer (RN/DEU) seinen Standpunkt zum Verordnungsvorschlag für eine sichere und nachhaltige Versorgung mit kritischen Rohstoffen angenommen (siehe Beitrag unter „Wirtschaft“).

Position zur Neufassung der Luftqualitätsrichtlinie

Am 13.09.2023 nahm das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Javi López (S&D/ESP) mit einer Mehrheit von 363 - 226 - 46 sein Verhandlungsmandat für die Neufassung der Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa an. Das EP fordert darin strengere Ziele für mehrere Schadstoffe bis 2035, darunter Feinstaub, Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid und Ozon (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern

Am 12.09.2023 nahm das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) und Zdzisław Krasnodębski (ECR/POL) mit einer Mehrheit von 530 - 66 - 32 die Verordnung für ein Instrument zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) an. Die bereits am 27.06.2023 mit dem Rat vereinbarte Verordnung schafft ein kurzfristiges Instrument zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung bis zum 31.12.2025 (siehe Beitrag unter „Wirtschaft“).

Annahme der Verordnung über nachhaltigen Flugkraftstoffe

Das EP hat am 13.09.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP José Ramón Bauzá Díaz (RN/ESP) die Verordnung für umweltfreundliche Flugkraftstoffe (ReFuelEU-Aviation) mit einer Mehrheit von 518 – 97 – 8 angenommen. Im Rahmen von „Fit for 55“ sollen ab 2025 mindestens 2% der Flugkraftstoffe für Flugzeuge in den

Mitgliedsstaaten nachhaltig sein. Dieser Mindestanteil soll sich bis 2050 schrittweise auf 70% erhöhen (siehe Beitrag unter „Verkehr“).

Initiativbericht über Parlamentarismus, Unionsbürgerschaft und Demokratie

Am 14.09.2023 nahm das Plenum den Initiativbericht über Parlamentarismus, Unionsbürgerschaft und Demokratie von MdEP Alin Mituța (RN/ROM) und MdEP Niklas Nienass (GRÜNE/DEU) an. Der Bericht vertritt die Auffassung, dass der derzeitige Trend innerhalb der EU, von einer "parlamentarischen" zu einer "regierungsamtlichen" Demokratie überzugehen, alle Parlamente im Entscheidungsprozess schwächt. Die Mitglieder bedauern das zunehmende Machtungleichgewicht, das sich in Richtung Rat und Europäischer Rat verschiebt und die institutionelle Architektur der EU aushöhlt. Die Praxis des Europäischen Rates, "den Rat und die Kommission zu beauftragen", geht über die ihm in den Verträgen zugewiesene Rolle der strategischen Führung hinaus und widerspricht daher sowohl dem Wortlaut als auch dem Geist der Verträge. Die MdEP sind davon überzeugt, dass in einer Demokratie die Parlamente an jedem Entscheidungsprozess beteiligt sein müssen. Sie betonten, dass das Europäische Parlament als einziges direkt gewähltes EU-Organ das allgemeine unmittelbare legislative Initiativrecht, das Untersuchungsrecht und die volle Haushaltsbefugnis erhalten sollte und dass es als Kammer der EU-Bürger die treibende Kraft hinter den strategischen Prioritäten der europäischen Gesetzgebungsagenda sein sollte.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0330_DE.html

MdEP fordern realistischen Rahmen für EU-Türkei-Beziehungen

In ihrem Jahresbericht über die Türkei fordern die MdEP die EU und die Türkei auf, den derzeitigen Stillstand zu überwinden und „einen parallelen und realistischen Rahmen“ für ihre Beziehungen zu finden. Sofern die türkische Regierung ihren Kurs nicht drastisch ändert, kann der EU-Beitrittsprozess der Türkei unter den derzeitigen Umständen nicht wiederaufgenommen werden, erklären die MdEP in ihrem am 13.09.2023 mit einer Mehrheit von 434 - 18 - 152 angenommenen Bericht von MdEP Nacho Sánchez Amor (S&D/ESP). Die MdEP bestätigen, dass die Türkei nach wie vor ein Bewerber für den Beitritt zur EU, ein NATO-Verbündeter und ein wichtiger Partner in den Bereichen Sicherheit, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie Migration ist. Sie betonen, dass von der Türkei erwartet wird, dass sie die Werte der Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte achtet und das Unionsrecht einhält. Das EP fordert die Türkei nachdrücklich auf, die NATO-Mitgliedschaft Schwedens ohne weitere Verzögerung zu ratifizieren. Es wird betont, dass das NATO-Beitrittsverfahren eines Landes in keiner Weise an den EU-Beitrittsprozess eines anderen Landes geknüpft werden kann. Der EU-Beitrittsprozess sei allein von den Leistungen des fraglichen Landes abhängig, betonen die MdEP.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0320_DE.html

Lage in Belarus

Das EP hat am 13.09.2023 mit einer Mehrheit von 453 - 21 - 40 einen Bericht über die Beziehungen zwischen der EU und Weißrussland angenommen, in dem es die unverminderte Unterdrückung und die systematischen Menschenrechtsverletzungen, die das Regime des belarussischen Diktators Aljaksandr Lukaschenko gegen die eigene Bevölkerung begangen hat, aufs Schärfste verurteilt. Die MdEP verweisen auf die Rolle des Regimes als Komplize im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und nehmen auch mit großer Besorgnis zur Kenntnis, dass Belarus sich politisch, wirtschaftlich, militärisch und kulturell unter Moskau unterordnet und damit zu einem De-facto-Satellitenstaat wird, der taktische Atomwaffen unter russischem Kommando lagert. In dem Bericht fordern die MdEP außerdem schärfere EU-Sanktionen gegen

Belarus und betonen, dass die jüngste Ankunft russischer Söldner der Wagner-Gruppe neue potenzielle Sicherheitsrisiken für die Ukraine sowie für die EU-Nachbarn von Belarus und die EU insgesamt mit sich bringt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0321_DE.html

Änderungen der Geschäftsordnung des EP zur Stärkung von Integrität, Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht

Als Reaktion auf Korruptionsvorwürfe hat das EP seine Geschäftsordnung auf der Grundlage des 14-Punkte-Reformplans des Präsidenten geändert. Die Änderungen an der Geschäftsordnung wurden im Rahmen des Berichts von MdEP Gabriele Bischoff (S&D/DEU) am 13.09.2023 mit einer Mehrheit von 505 - 93 - 52 angenommen. Die MdEP haben ein verschärftes Verbot aller Aktivitäten von MdEP, die als Lobbyarbeit gelten, die Verpflichtung für MdEP, Erklärungen zu Ideen oder Vorschlägen von externen Akteuren abzugeben, die allen Berichten und Stellungnahmen beizufügen sind, sowie härtere Strafen für Verstöße gegen den Verhaltenskodex angenommen. Die Änderungen werden am 01.11.2023 in Kraft treten, außer in den Fällen, in denen das Präsidium und die Quästoren ermächtigt werden, Durchführungsmaßnahmen zu erlassen, die dann sofort gelten werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0316_DE.html

Wirtschaft

Kommission; Konsultation zur europäischen Normung

Die Kommission hat am 01.09.2023 eine Konsultation über die Verordnung zur europäischen Normung eröffnet. Hintergrund der Konsultation ist der Wandel der Normung auf nationaler und europäischer Ebene in den letzten zehn Jahren. Mithilfe der Konsultation will die Kommission nun bewerten, ob die Verordnung - besonders im Hinblick auf die Herausforderungen der Globalisierung - weiterhin angemessen ist. Außerdem soll überprüft werden, ob sie künftig die öffentliche Sicherheit gewährleisten sowie den ökologischen und digitalen Wandel unterstützen kann. Bis zum 29.09.2023 besteht die Möglichkeit, sich an der Konsultation zu beteiligen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13446-Europäische-Normung-Bewertung_de

Kommission; Vorschlag für eine Gesetzgebungsinitiative zu grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Vereinen

Am 05.09.2023 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Gesetzgebungsinitiative zu grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Vereinen in der EU veröffentlicht. Hierbei handelt es sich konkret um einen Richtlinienvorschlag zur Harmonisierung gemeinsamer Mindeststandards für gemeinnützige Organisationen zur Schaffung der Rechtsform des "Europäischen Vereins" und einen Verordnungsvorschlag zur Änderung der Verordnung über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-informationssystems und der Verordnung über die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Informationen. Die Gesetzgebungsinitiative zielt darauf ab, dass Vereine in vollem Umfang die Binnenmarktfreiheiten nutzen können. Dies soll vor allem dadurch erreicht werden, dass die Tätigkeit von Vereinen auf EU-Ebene erleichtert und die Grundrechte von Vereinen gestärkt werden. Die Kommission schlägt daher die zusätzliche Rechtsform einer europäischen grenzüberschreitenden Vereinigung (European Cross Border Association, ECBA) auf nationaler Ebene der Mitgliedstaaten vor. Zeitgleich mit der Veröffentlichung startete die Kommission zu den beiden Legislativvorschlägen eine öffentliche Konsultation.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=COM%3A2023%3A516%3AFIN&qid=1693910621013>
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52023PC0515>

Rat; Informelles Treffen des Entwicklungsmisterrats

Am 05.09.2023 fand ein informelles Treffen der europäischen Entwicklungsminister und Entwicklungsministerinnen statt. Zentrales Thema war der von den Vereinten Nationen geplante „Sustainable and Development Goals“-Gipfel, der am 18./19.09.2023 stattfindet. Es ging dabei um den sogenannten "dreifachen Übergang" (sozial, grün und digital), wobei der Schwerpunkt auf dem sozialen Übergang lag, der die Grundlage für alle nachhaltigen, integrativen und fairen Übergänge bildet. Im zweiten Teil des Treffens wurde die Reform der multilateralen Finanzinstitutionen erörtert. Diese spielen eine wesentliche Rolle bei der Bereitstellung von Mitteln zur Gewährleistung der Stabilität als Reaktion auf schwere Krisen und Wechselkursschwankungen.

<https://spanish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/informal-ministerial-meeting-development-cadiz-september-5/>

Kommission; Bericht über die Handelsschutzmaßnahmen der EU im Jahr 2022

Am 06.09.2023 nahm die Kommission den jährlichen Bericht über die handelspolitischen Schutzmaßnahmen der EU im Jahr 2022 an. Aus dem Bericht geht hervor, dass sich die EU im vergangenen Jahr mithilfe von Instrumenten wirksam gegen unrechtmäßige Handelspraktiken verteidigen konnte, um in der EU Hersteller zu schützen. Wirksame Instrumente waren z. B. die Anwendung von Rechtsvorschriften oder die Sicherung der Wirksamkeit von bestimmten Maßnahmen. Außerdem ergriff die EU Maßnahmen, um die korrekte Anwendung der Schutzmaßnahmen durch Drittländer zu gewährleisten. Am Ende des Jahres 2022 wurden insgesamt 177 handelspolitische Schutzmaßnahmen angewandt. Die meisten davon betreffen Einfuhren aus China, Russland, Indien, Korea und den USA.

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/api/files/COM\(2023\)506_0/090166e501018b25?rendition=false](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/api/files/COM(2023)506_0/090166e501018b25?rendition=false)

EuGH; Beitragspflicht zu den Betriebskosten im Postsektor

Der EuGH hat am 07.09.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-226/22 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass Wirtschaftsteilnehmern unter Ausschluss jeglicher Finanzierung aus dem öffentlichen Haushalt eine Beitragspflicht auferlegt werden kann. Der EuGH entschied, dass nationale Rechtsvorschriften allen Wirtschaftsteilnehmern des Postsektors einschließlich Kurierdiensteanbietern eine Beitragspflicht auferlegen dürfen, ohne dabei zwischen verschiedenen Arten von Postdiensten zu unterscheiden. Die auferlegte Pflicht muss transparent, zugänglich, präzise und eindeutig sein, vorher der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und auf objektiven Kriterien beruhen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=3B639BEB79CB734298C9E26E1BDBF356?text=&docid=277071&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4641477>

Gründung der Allianz der europäischen Halbleiterregionen in Brüssel am 07.09.2023

Am 07.09.2023 wurde in einem Festakt im AdR die gemeinsame Erklärung der Allianz der europäischen Halbleiterregionen („European Semiconductor Regions Alliance“ genannt „ESRA“) gezeichnet und damit offiziell ins Leben gerufen. Für Hessen hat die Erklärung Patrick Burghardt, Staatssekretär für Digitale Strategie und Entwicklung, in Vertretung für Herrn Ministerpräsidenten Boris Rhein gezeichnet. Aus DEU sind neben

Sachsen, als Initiator der Initiative, bisher Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen und Sachsen-Anhalt der „ESRA“ beigetreten. Insgesamt haben bisher 26 Regionen aus zwölf Mitgliedstaaten die Erklärung gezeichnet, zudem auch die Region Wales (GBR).. Es ist zu erwarten, dass noch weitere Regionen der „ESRA“ beitreten werden. Die „ESRA“ soll die Positionen und gemeinsamen Interessen der europäischen Halbleiterregionen bündeln und im Rahmen der Umsetzung des „European Chips Act“ (ECA) gegenüber den EU-Institutionen vertreten, auch im Hinblick auf eine EU-Förderung. Die Allianz sieht sich zudem als Plattform für den europäischen Wissensaustausch zwischen Politik, Unternehmen, Universitäten, Forschungseinrichtungen und Kunden.

<https://cor.europa.eu/de/news/Pages/regions-team-up-to-speed-up-the-expansion-of-the-european-semiconductor-industry.aspx>

Eurostat; BIP im Euroraum um 0,1% und Erwerbstätigkeit um 0,2% gestiegen

Aus der von Eurostat am 07.09.2023 veröffentlichten Statistik geht hervor, dass das saisonbereinigte BIP im zweiten Quartal 2023 - im Vergleich zum Vorquartal - im Euroraum um 0,1% gestiegen ist. In der EU blieb das BIP unverändert. Auch in DEU blieb das BIP verglichen mit dem vorherigen Quartal gleich. Im ersten Quartal 2023 war das BIP in der EU um 0,2% und im Euroraum um 0,1% gestiegen. Im Gegensatz zu dem entsprechenden Quartal vom Vorjahr stieg das BIP nun in der EU um 0,4% und im Euroraum um 0,5%. In DEU wiederum ging das BIP im Vergleich zum entsprechenden Quartal im Vorjahr um 0,1% zurück.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/17467476/2-07092023-AP-DE.pdf/65b5f43f-eb9e-225a-12da-c9c52d39e6d9>

Kommission; Sondierung zur Halbzeitevaluierung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Kohäsionsfonds und des Fonds für einen gerechten Übergang 2021–2027

Die Kommission eröffnete am 11.09.2023 eine Sondierung zur Halbzeitevaluierung, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Kohäsionsfonds und des Fonds für einen gerechten Übergang 2021–2027, die 2024 gesetzlich verpflichtend von der Kommission durchzuführen ist. Die Halbzeitevaluierung soll die Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, Kohärenz und den EU-Mehrwert dieser Fonds untersuchen. Mithilfe der Evaluierung soll aber auch die Vorbereitung der Politik für die Zeit nach 2027 unterstützt werden. Bis zum 09.10.2023 kann zu der Sondierung Stellung bezogen werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13883-Europaischer-Fonds-fur-regionale-Entwicklung-Kohasionsfonds-und-Fonds-fur-einen-gerechten-Übergang-fur-den-Zeitraum-2021-2027-Halbzeitbewertung_de

EP; Annahme des Instruments zur Stärkung der EU-Verteidigungsindustrie

Das EP nahm am 12.09.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) und MdEP Zdzislaw Krasnodebski (ECR/POL) mit einer Mehrheit von 530 – 66 – 32 die Verordnung für ein Instrument zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung an. Die Verordnung soll die Mitgliedsstaaten (MS) unterstützen, ihren Verteidigungsbedarf bis zum 31.12.2025 durch gemeinsame Beschaffung sicherzustellen. Dabei müssen immer mindestens drei MS beteiligt sein. Auch Mitglieder der Europäischen Freihandelsassoziation und des Europäischen Wirtschaftsraums können sich an den Käufen beteiligen. Für die Umsetzung des Instruments steht ein Budget von 300 Mio. EUR zur Verfügung. Auftragnehmer müssen in der EU oder in einem mit der EU assoziierten Drittland ansässig sein. Im Hinblick auf den russischen Angriffskrieg und die militärische Unterstützung für die Ukraine soll so die Verteidigung der MS gestärkt werden.

Kommission; KMU-Entlastungspaket

Die Kommission hat am 12.09.2023 im Rahmen einer Mitteilung ein sogenanntes KMU-Entlastungspaket vorgelegt. Es besteht aus einer Reihe von Initiativen, die auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Europa im derzeitigen wirtschaftlichen Umfeld eingehen. Eine der Initiativen in der Mitteilung ist ein Vorschlag für eine neue Verordnung über Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr. Der Vorschlag soll insbesondere gegen Zahlungsverzögerungen vorgehen, eine unlautere Praxis, die den Zahlungsfluss von KMU gefährdet und die Wettbewerbsfähigkeit und Belastbarkeit von Lieferketten beeinträchtigt. Der Vorschlag enthält u.a. eine strengere Zahlungsfrist von höchstens 30 Tagen. Der zweite Legislativvorschlag ist ein Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer Hauptsitzbesteuerung für KMU. Dieser Richtlinienvorschlag soll den über Betriebsstätten grenzüberschreitend tätigen KMU die Möglichkeit geben, nur mit der Steuerverwaltung des Hauptsitzes zu interagieren, ohne mehrere Steuersysteme einhalten zu müssen. Weitere nicht Nicht-Legislativinitiativen des Entlastungspakets zielen darauf ab, den Zugang der KMU zu Finanzmitteln weiter zu verbessern, das Geschäftsumfeld zu optimieren und das Wachstum von KMU zu mittelgroßen Unternehmen zu fördern. Hierunter fallen die Verbesserung des derzeitigen regulatorischen Umfelds für KMU, die Vereinfachung der Verwaltungsverfahren und der Berichtspflichten und die Investitionsförderung für KMU. Darüber hinaus sollen die Bedingungen für den Zugang von qualifizierten Arbeitskräften für das Wachstum von KMU verbessert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_4409

Kommission; Veröffentlichung der Aufwandserhebung 2022

Am 12.09.2023 veröffentlichte die Kommission die jährliche Aufwandserhebung für das Jahr 2022. In dieser werden Maßnahmen der Kommission zur Vereinfachung und Modernisierung von Vorschriften der EU dargestellt. Diese werden an konkreten Beispielen verdeutlicht. Die Erhebung liefert einen Überblick über die Fortschritte und veranschaulicht anhand konkreter Beispiele, was die Kommission im ersten Jahr der vollständigen Anwendung des „One-in-one-out“-Grundsatzes sowie mit ihrem Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) und ihren Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen der Plattform „Fit for Future“ erzielt hat. Die Kommission hat danach u.a. den „One-in-one-out“-Grundsatz im Jahr 2022 auf 52 Legislativvorschläge angewandt. Außerdem werden in der Erhebung Empfehlungen der Plattform „Fit for Future“ und die Folgemaßnahmen der Kommission zu diesen aufgezeigt. Die jährliche Aufwandserhebung ist Teil der Agenda für bessere Rechtsetzung und des Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT), dem Regulierungskonzept der Kommission für eine faktengestützte und transparente Politikgestaltung.

https://commission.europa.eu/publications/2022-annual-burden-survey_en

EP; Annahme des Standpunkts zum neuen Notfallinstrument für den Binnenmarkt

Das EP nahm am 13.09.2023 durch Annahme des Berichts von MdEP Andreas Schwab (EVP/DEU) seinen Standpunkt zu dem Gesetzesentwurf über ein Notfallinstrument für den EU-Binnenmarkt mit 467 – 121 – 51 an. Die Verordnung soll zu "Internal Market Emergency and Resilience Act" umbenannt werden und einen Rahmen für das EU-Krisenmanagement schaffen. Ein dreistufiges Warnsystem soll der Kommission in Zukunft helfen, gezielt und kohärent auf Bedrohungslagen zu reagieren. Hauptziel der Regelung ist die Verhinderung von Engpässen wichtiger

Güter. So kann die Kommission Unternehmen vorrangige Aufträge erteilen sowie den Güterbestand von Mitgliedsstaaten oder Unternehmen abfragen. Außerdem soll ein freier Warenverkehr in Krisenzeiten sichergestellt werden. Hintergrund ist das Krisenmanagement der EU während der Covid-19-Pandemie.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0317_DE.pdf

EP; Annahme des Standpunktes zur Verordnung für die Verbesserung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen

Das EP hat am 14.09.2023 mit einer großen Mehrheit von 515 – 34 - 28 den Bericht von MdEP Nicola Beer (RN/DEU) und damit seinen Standpunkt zum Verordnungsvorschlag für eine sichere und nachhaltige Versorgung mit kritischen Rohstoffen angenommen. Um die EU souveräner und wettbewerbsfähiger zu machen, soll die EU-weite Versorgung mit kritischen Rohstoffen diversifiziert werden. Zentral sind hierbei strategische und gleichberechtigte Partnerschaften zwischen der EU und Drittländern. Außerdem sollen Bürokratie abgebaut, Innovationen entlang der Wertschöpfungskette gefördert sowie kleine und mittlere Unternehmen unterstützt werden. Auch ein Forschungs- und Innovationsschub im Hinblick auf alternative Materialien ist geplant.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0260_DE.html

EP; Annahme des Standpunkts des EP zur Verbesserung der Gestaltung der Elektrizitätsmärkte in der EU

Das EP hat am 14.09.2023 mit 366 – 186 – 18 grünes Licht für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Rat zur Reform des EU-Strommarktes gegeben. Berichterstatterin ist MdEP Nicolás González Casares (S&D/ESP). Die Reform soll einen stabileren, erschwinglicheren und nachhaltigeren Strommarkt in der EU schaffen. Der Schutz der Verbraucher vor schwankenden Strompreisen soll gestärkt und sichergestellt werden, indem sie ein Recht auf Festpreisverträge und dynamische Verträge bekommen. Außerdem soll in den Mitgliedsstaaten verboten werden, dass Versorger die Stromversorgung von schutzbedürftigen Kunden unterbrechen oder die Kunden zur Nutzung von Vorauszahlungssystemen zwingen dürfen. Ziel der Reform ist es, dass die Verbraucher von langfristigen, erschwinglichen und stabilen Preisen sowie der Abmilderung der Auswirkungen plötzlicher Preisschocks profitieren.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0255_DE.html

EuGH; Urteil zu Betriebsbeihilfen am Flughafen Frankfurt-Hahn

Der EuGH hat am 14.09.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-466/P21P Land Rheinland-Pfalz/Deutsche Lufthansa verkündet. Er hebt das Urteil des Gerichts der Europäischen Union (EuG) vom 19.05.2021 auf und verweist die Rechtssache an das EuG zurück. Laut EuGH ist der Fall noch nicht entscheidungsreif, da noch viele Fakten geprüft werden müssten. Das EuG muss sich nun erneut mit der Frage der Rechtmäßigkeit der Beihilfen befassen. Dem Urteil liegt nachfolgender Sachverhalt zugrunde: Die Kommission genehmigte mit Beschluss vom 31.07.2017 Zuwendungen des Landes Rheinland-Pfalz in Höhe von maximal 25,3 Mio. EUR für den hauptsächlich von Ryanair genutzten Flughafen Frankfurt-Hahn, ohne das förmliche Prüfverfahren zu eröffnen. Die Zuwendungen sollten es dem Flughafen Frankfurt Hahn ermöglichen, den Beförderungsbedarf der Region zu decken, bis er durch private Investitionen wieder rentabel wird. Die Kommission stufte die Zuwendungen zwar als staatliche Beihilfe ein, hielt sie jedoch für mit dem Binnenmarkt vereinbar. Die Lufthansa hatte diesen Beschluss vor dem EuG mit Erfolg angefochten. Das Land Rheinland-Pfalz legte aber gegen das Urteil des EuG ein Rechtsmittel beim EuGH ein.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=277404&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1678126>

EuGH; Urteil zum Verkauf von Dosengetränken ohne Pfand an Personen in Dänemark

Der EuGH hat am 14.09.2023 sein Urteil in der verbundenen Rechtsmittelsache C-508/21P und C-509/21P verkündet. Der EuGH entschied, dass das Urteil vom 09.06.2021 (T-47/19) aufgehoben und die von Dansk Erhverv beim Gericht der EU eingereichte Nichtigkeitsklage abgewiesen wird. Der Kommission kann laut EuGH nicht vorgeworfen werden, eine unzureichende und unvollständige Prüfung der Nichtverhängung von Geldbußen gegenüber den Grenzhändlern durchgeführt zu haben. Im Falle des Kaufs von Getränken im Rahmen einer Exporterklärung liegt laut EuGH keine mit einer Geldbuße zu ahndende Zuwiderhandlung gegen die nationalen Rechtsvorschriften vor. Überdies sehe die Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle keine Verpflichtung der Mitgliedstaaten vor, auf im Einzelhandel verkaufte Einwegverpackungen von Getränken, die für den Verzehr außerhalb ihres Hoheitsgebiets bestimmt sind, ein Pfand zu erheben.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=277405&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1682366>

V e r k e h r

Kommission; Unterstützung von Infrastrukturprojekten mit 352 Mio. EUR

Als Beitrag zur Schaffung eines ökologisch nachhaltigen Verkehrsnetzes, das den Zielen des "Green Deal" der EU gerecht wird, kündigte die Kommission am 11.09.2023 an, 26 Infrastrukturprojekte mit einem Gesamtbetrag von über 352 Mio. Euro finanziell zu unterstützen. Die Initiative soll helfen, die Klimaziele der EU zu erreichen. Anträge auf eine Finanzierung durch die „Alternative Fuels Infrastructure Facility“ („AFIF“) können bis zum 07.11.2023 eingereicht werden.

https://cinea.ec.europa.eu/news-events/news/transport-infrastructure-over-eur-352-million-eu-funding-boost-greener-mobility-2023-09-11_en

EP; Annahme der Verordnung über nachhaltigen Flugkraftstoffe

Das EP hat am 13.09.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP José Ramón Bauzá Díaz (RN/ESP) die Verordnung für umweltfreundliche Flugkraftstoffe (ReFuelEU-Aviation) mit 518 – 97 – 8 angenommen. Im Rahmen von „Fit for 55“ sollen ab 2025 mindestens 2% der Flugkraftstoffe für Flugzeuge in den Mitgliedsstaaten nachhaltig sein. Dieser Mindestanteil wird sich bis 2050 schrittweise auf 70% erhöhen. Außerdem soll das Kraftstoffgemisch einen Anteil umweltfreundlicher synthetischer Kraftstoffe, z. B. E-Kerosin, enthalten. Nachhaltige Flugkraftstoffe sind laut der Regelung recycelte und synthetische Kraftstoffe, aus land- oder forstwirtschaftlichen Rückständen, Algen, Bioabfällen, Altspeiseöl oder Tierfetten hergestellte Biokraftstoffe sowie erneuerbarer Wasserstoff. Um die Umwelleistung verschiedener Flüge abzubilden und zu vergleichen, sieht die Verordnung die Einführung eines neuen Kennzeichnungssystems vor.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0319_DE.pdf

Energie

EP; Annahme der Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energie

Am 12.09.2023 nahm das EP die Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien mit einer großen Mehrheit von 470 – 120 – 40 im Rahmen des Berichts von Markus Pieper (EVP/DEU) an. Die Richtlinie ist Teil des „Fit for 55“-Gesetzespakets. Sie sieht vor, dass der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch der EU bis 2030 insgesamt auf 42,5% angehoben wird. Ziel ist es, diesen in Zukunft auf insgesamt 45% zu steigern. Bisher belief sich der Anteil auf 32%. Im Verkehrssektor sollen so die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 14,5% reduziert werden. Außerdem sollen Verfahren zur Erteilung von Genehmigungen für neue Kraftwerke zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen oder für die Anpassung bestehender Anlagen beschleunigt werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0303_DE.pdf

Digital

Kommission; Benennung von sechs Torwächtern im Rahmen des DMA

Die Kommission hat im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte (DMA) am 06.09.2023 den Beschluss gefasst, sechs digitale Plattformen - Alphabet, Amazon, Apple, ByteDance, Meta und Microsoft - als sog. „Torwächter“ (engl. Gatekeeper) zu benennen. Unter „Torwächtern“ versteht die Kommission digitale Plattformen, die für Unternehmen über zentrale Plattformdienste ein wichtiges digitales Zugangstor zu Verbraucherinnen und Verbrauchern darstellen. Dieser erstmalige Beschluss der Kommission zur Benennung von „Torwächtern“ ist das Ergebnis eines 45-tägigen Überprüfungsprozesses. Die sechs Torwächter stellen insgesamt 22 zentrale Plattformdienste bereit. Diese Plattformdienste teilen sich auf acht Kategorien auf: Soziale Netzwerk (TikTok, Facebook, Instagram, LinkedIn); Vermittlungsdienste (Google Maps, Google Play, Google Shopping, Amazon Marketplace, App Store, Meta Marketplace); Werbedienste (Google, Amazon, Meta); Browser (Chrome, Safari); Betriebssysteme (Google Android, iOS, Windows PC OS); Suchmaschinen (Google Search); Video-Sharing (YouTube); Kommunikation (WhatsApp, Messenger). Die sechs Torwächter haben nun sechs Monate Zeit, um die vollständige Einhaltung der Verpflichtungen für jeden ihrer benannten zentralen Plattformdienste sicherzustellen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_4328

Forschung

Kommission; Forschungsrat; ERC; Ergebnisse Ausschreibung Starting Grants

Am 05.09.2023 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) die Ergebnisse der letzten Fördercall-Runde des ERC bekannt gegeben. Der ERC, eine Forschungsagentur der Kommission, vergibt in Ausschreibungen renommierte Förderungen für exzellente Forschungsvorhaben, finanziert aus dem Rahmenprogramm Horizont Europa. Bei den ERC Starting Grants, die an exzellente Nachwuchsforschende gerichtet sind, ist eine Förderhöhe bis 1,5 Mio. EUR für eine Laufzeit bis 5 Jahre möglich. Der ERC hat nun die Vergabe von insgesamt 400 Starting Grants in ganz Europa bekannt gegeben mit einer Förderhöhe von rund 628 Mio. EUR. Die erfolgreichen Forschenden in diesem Call werden ihre Projekte an Hochschulen und Forschungszentren in 24 europäischen

Staaten durchführen, wobei die meisten Projekte in DEU (87 Förderungen), FRA (50), NDL (44) und GBR (32) durchgeführt werden. Auch Hessen war in dieser Förderrunde erfolgreich. Zum Zuge kam die Forscherin Katharina Dobs an der JustusLiebig Universität Gießen (Projekt Tiefe neuronale Netze zum Verständnis der funktionellen Spezialisierung im menschlichen visuellen Kortex). Zudem waren erfolgreich: Katharina Höfer (Konjugation von NAD-verkappten RNAs an Proteine), Max-Planck-Institut für Terrestrische Mikrobiologie, Marburg, und Bonne Murphyam, Max-Planck-Institut für Biophysik, Frankfurt/Main (Projekt Entwicklung von Techniken zur Rekonstruktion des Elektronenenergieverlustes für die Elementkartierung in makromolekularen Strukturen). Forschende aus GBR erhalten aber nur dann eine Förderung, wenn das entsprechende Horizont Europa-Assoziierungsabkommen zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung gilt. Erfolgreiche Antragstellende aus britischen Gasteinrichtungen können jedoch gefördert werden, sofern sie an eine Gasteinrichtung in einem förderfähigen Land wechseln.

<https://erc.europa.eu/news-events/news>

Gemeinsame Forschungsstelle; JRC; Plattform zu Forschungsmitteln in der EU

Das Joint Research Center (JRC), die Gemeinsame Forschungsstelle der EU, hat am 07.09.2023 eine neue Version des sogenannten „Territorial Economic Data Viewer“ (TEDv) veröffentlicht, eines Datenvisualisierungstools, das Daten zur europäischen Finanzierung im Bereich Forschung und Innovation bereitstellt. Die Plattform richtet sich an politische Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie Forschende und stellt Informationen für Überwachungs- und Analysezwecke zur Verfügung. TEDv ermöglicht es den Nutzerinnen und Nutzern, verschiedene Finanzierungsquellen über mehrere geographische Gebiete hinweg zu vergleichen und sie mit territorialen statistischen Informationen wie Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Beziehung zu setzen. Zum ersten Mal können diese Daten, die sonst über verschiedene Quellen verteilt sind, übersichtlich von nur einer einzigen Plattform aus abgerufen werden.

<https://s3platform.jrc.ec.europa.eu/synergies-tool>

F i n a n z e n

EZB; Ergebnisse der EZB Verbraucherumfragen: Juli 2023

Die EZB hat am 05.09.2023 ihre Verbraucherumfrage von Juli 2023 veröffentlicht. Im Vergleich zum Juni 2023 blieb der Median der Erwartungen bzgl. der Inflation von Verbraucherinnen und Verbrauchern in den kommenden zwölf Monaten unverändert. Der Median der Erwartungen in Bezug auf die Inflation in drei Jahren erhöhte sich hingegen leicht. Die Erwartungen hinsichtlich des Wachstums der nominalen Ausgaben blieben stabil. Die Erwartungen des Wachstums des nominalen Einkommens in den kommenden zwölf Monaten sanken jedoch geringfügig. Weiterhin fielen die Erwartungen bzgl. des Wirtschaftswachstums in den kommenden zwölf Monaten negativer aus. Die Erwartungen hinsichtlich der Höhe der Arbeitslosenquote blieben unverändert. Darüber hinaus haben sich die Erwartungen bzgl. des Preisanstiegs einer selbst bewohnten Immobilie für die kommenden zwölf Monate nicht verändert. Die Erwartungen hinsichtlich Hypothekenzinsen in den nächsten zwölf Monaten erhöhten sich hingegen leicht. Gegenüber April ist der Anteil an Befragten, die einen Kreditantrag gestellt haben, in den letzten drei Monaten angestiegen.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2023/html/ecb.pr230905~f7a4eff173.de.htm>

!

EZB; Ergebnisse des wirtschaftsweiten Klima-Stresstests 2023

Die EZB hat am 06.09.2023 die Ergebnisse ihres zweiten wirtschaftsweiten Klima-Stresstests veröffentlicht. Demnach lässt sich eine CO₂-Neutralität für Unternehmen, Haushalte und Banken im Euroraum am besten durch eine Beschleunigung des grünen Wandels und intensivere Maßnahmen als die jetzigen erreichen. Der Klima-Stresstest zeigt, dass das Vorziehen grüner Investitionen die mittelfristigen Kosten und Risiken für Haushalte und Unternehmen erheblich reduziert. Wird die ökologische Transformation nicht beschleunigt, sinkt die Rentabilität der Unternehmen und die Kaufkraft der Haushalte, während das Kreditrisiko der Banken steigt. Die Resultate des Stresstests zeigen, dass Unternehmen und Haushalte eindeutig von einer schnelleren Umstellung profitieren. Zwar ist ein schnellerer Übergang zunächst mit größeren Investitionen und höheren Energiekosten verbunden, doch mittelfristig sinken die finanziellen Risiken erheblich. Sowohl die Gewinne als auch die Kaufkraft werden weniger negativ beeinflusst, da sich die vorgezogenen Investitionen in erneuerbare Energien früher auszahlen und letztlich die Energiekosten senken. Außerdem zeigen die Ergebnisse, dass eine weitere Verzögerung des Übergangs zu einer Klima-Neutralen Wirtschaft bedeutet, dass die Ziele des Pariser Abkommens verfehlt und die Auswirkungen kostspieliger physischer Risiken verschärft werden.

<https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecb.op328~2c44ee718e.de.pdf?7793485730460e4e0b4e170237eb7429>

Kommission; Vorschlag für einfachere Besteuerung und Reduzierung der Befolgungskosten für grenzüberschreitend tätige Unternehmen

Die Kommission hat am 12.09.2023 einen Vorschlag für ein Paket von Initiativen zur Reduzierung der Befolgungskosten für große, grenzüberschreitend tätige Unternehmen in der EU angenommen. "Business in Europe: Framework for Income Taxation" (BEFIT) zielt darauf ab, Unternehmen und Steuerbehörden zu entlasten, indem ein neues, einheitliches Regelwerk für die Berechnung der Steuerbemessungsgrundlage von Unternehmensgruppen eingeführt wird. Ziel des Vorschlags ist, die Befolgungskosten für große Unternehmen, die in mehr als einem Mitgliedstaat tätig sind, zu senken. Gleichzeitig sollen die Steuerbehörden in die Lage versetzt werden, die geschuldeten Steuern leichter zu ermitteln. Dank der neuen, vereinfachten Vorschriften könnten die Befolgungskosten für in der EU tätige Unternehmen um bis zu 65% sinken. Der Richtlinienvorschlag bezweckt, die Steuerbemessungsgrundlage aller Mitglieder der Gruppe zu einer einzigen Steuerbemessungsgrundlage zusammenzufassen. Unternehmen, die zur gleichen Gruppe gehören, sollen ihre Steuerbemessungsgrundlage nach gemeinsamen Regeln bemessen. Überdies soll für jedes Mitglied der BEFIT-Gruppe ein prozentualer Anteil an der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage auf der Grundlage des Durchschnitts der steuerpflichtigen Ergebnisse der drei vorangegangenen Steuerjahre berechnet werden. Die neuen Regeln sollen verpflichtend für Konzerne gelten, die in der EU tätig sind und einen jährlichen Gesamtumsatz von mindestens 750 Mio. EUR haben, wobei die Muttergesellschaft mindestens 75% der Eigentumsrechte oder der Rechte auf Beteiligung am Gewinn hält. Sofern kleinere Gruppen einen konsolidierenden Abschluss erstellen, können diese sich ebenfalls für die Anwendung der Vorschriften entscheiden. Darüber hinaus umfasst das Initiativpaket-Paket auch einen Richtlinienvorschlag zur Harmonisierung der Verrechnungspreisvorschriften innerhalb der EU und zur Gewährleistung eines gemeinsamen Ansatzes für die Verrechnungspreisgestaltung.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_4405

Kommission; Wirtschaftsprognose Sommer 2023

Laut der Wirtschaftsprognose der Kommission wächst die EU-Wirtschaft geringfügig weiter. In der Prognose wird das Wachstum der EU-Wirtschaft von 1% in der Frühjahrsprognose auf 0,8% im Jahr 2023 und von 1,7% auf 1,4% im Jahr 2024 gesenkt. Auch das Wachstum im Euroraum wird auf 0,8% im Jahr 2023 (von 1,1%) und 1,3% im Jahr 2024 (von 1,6%) prognostiziert. Die Inflation dürfte über den Prognosehorizont hinweg weiter zurückgehen. Für den Euroraum wird eine Inflation von 5,6% im Jahr 2023 (gegenüber 5,8%) und 2,9% im Jahr 2024 (gegenüber 2,8%) prognostiziert. Die Inflation hat sich laut Prognose der Kommission in der ersten Jahreshälfte 2023 aufgrund sinkender Energiepreise und eines nachlassenden Inflationsdrucks bei Nahrungsmitteln und Industriegütern weiter abgeschwächt. Für den Rest des Jahres 2023 werden die Energiepreise laut Prognose weiter sinken, allerdings mit verlangsamtem Tempo. Im Jahr 2024 werden sie voraussichtlich wieder leicht ansteigen, was auf die höheren Ölpreise zurückzuführen ist. Insgesamt dürfte sich die schwächere Wachstumsdynamik in der EU bis 2024 fortsetzen, und die Auswirkungen der restriktiven Geldpolitik werden die Wirtschaftstätigkeit weiterhin bremsen. Für das nächste Jahr wird jedoch eine leichte Erholung des Wachstums erwartet, da die Inflation weiter nachlässt, der Arbeitsmarkt robust bleibt und sich die Realeinkommen allmählich erholen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_23_4408

Soziales

EP; Stand der Geschlechtergleichstellung im Parlament

Mit Blick auf die anstehende Europawahl 2024 veröffentlichte der Think Tanks des EP am 04.09.2023 ein Briefing über den aktuellen Stand der Geschlechtergleichstellung im Parlament. Seit August 2023 steht der Anteil an Frauen im EP bei 39,5% (36,5% bei Abgeordneten aus DEU), was den durchschnittlichen Anteil in den europäischen Nationalparlamenten (32,8%) übertrifft. Um eine höhere Repräsentation von Frauen zu erreichen, unterstreicht das EP die Bedeutung von Quoten als den direktesten Weg zur

Gleichstellung [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_BRI\(2023\)751447](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_BRI(2023)751447)

Kommission; Digitalisierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Die Kommission hat am 06.09.2023 weitere Maßnahmen zur Beschleunigung der Digitalisierung der Systeme der sozialen Sicherheit vorgeschlagen. Der Elektronische Austausch von Sozialversicherungsdaten (EESSI), was u.a. Gesundheitsversorgung und Renten sowie die Anerkennung arbeitsrelevanter Leistungen betrifft, soll durch das Verringern des Verwaltungsaufwands die Mobilität der Arbeitskräfte unterstützen. Die Kommission fördert die Mitgliedstaaten (MS) auf, bis Ende 2024 in den EESSI funktionsfähig zu sein, und auch weiter in die Digitalisierung des Systems für soziale Sicherheit und Schutz zu investieren, womit die Kommission technische sowie auch finanzielle Mithilfe anbietet. Dazu aufgefordert wird auch, dass sich die MS an das Pilotprogramm der digitalen EHIC Karte und der Entsendungsformular A1 anschließen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4263

Kommission; Umfrage zum Kompetenzmangel in KMU

Als Teil des Europäischen Jahr der Kompetenzen veröffentlichte die Kommission am 12.09.2023 das Ergebnis einer Umfrage über den Stand der Kompetenzen unter den

Fachkräften der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Dies steht auch in Verbindung mit der von der Kommission eingeläuteten Reihe von Initiativen, um die Bedürfnisse der KMU zu unterstützen. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehört, dass 74% der KMU (66% in DEU) einen Mangel an Kompetenzen bei den Arbeitskräften verzeichnen. Berichtet wurde auch über die Schwierigkeiten, Personen mit den nötigen Fähigkeiten zu gewinnen und zu behalten. 63% der KMU fühlen sich dabei in ihrer Arbeit benachteiligt, besonders wenn es sich um die Digitalisierung oder die Umsetzung des grünen Wandels handelt. Um die Rekrutierung zu verbessern, wurde u.a. vorgeschlagen, eine engere Zusammenarbeit zwischen KMU und öffentlichen Arbeitsvermittlern zu fördern.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&furtherNews=yes&newsId=10661>

FRA; Zugang älterer Menschen zu digitalen öffentlichen Dienstleistungen

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) hat am 13.09.2023 ein Diskussionspapier über das allgemeine Verhältnis älterer Menschen zu der digitalisierten Gesellschaft veröffentlicht. Während die Digitalisierung der Dienstleistungen steigt, nimmt auch die Alterung der Bevölkerung zu, was die Gefahr erzeugt, dass ein größerer Anteil der Gesellschaft ausgeschlossen werden könnte. Aus dem Bericht geht hervor, dass die digitale Ausgrenzung nicht immer in den Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten (MS) anerkannt wird, obwohl der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen ein Grundrecht darstellt. Um die potenzielle Altersdiskriminierung in diesem Bereich zu verringern, empfiehlt der Bericht den MS u.a., ältere Menschen an der Gestaltung digitaler Dienstleistungen mitwirken zu lassen, und in die Verbesserung ihrer digitalen Fähigkeiten zu investieren.

<https://fra.europa.eu/de/news/2023/sicherstellung-des-zugangs-aelterer-menschen-zu-oeffentlichen-dienstleistungen-digitalen>

Kommission; Unterstützung zur Bewältigung des demografischen Wandels

Die Kommission möchte Regionen in Europa unterstützen, die besonders vom Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betroffen sind. So hat sie als Teil des neuen Mechanismus zur Talentförderung eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gestartet. Regionen mit stark schrumpfender Erwerbsbevölkerung erhalten bei erfolgreicher Bewerbung technische Hilfe von der EU. Insgesamt haben 46 Regionen aus 11 Mitgliedstaaten (neben DEU sind das BUL, FRA, GRI, ITL, KRO, POL, PTL, ROM, CZR und HUN) die Möglichkeit, Bewerbungen einzureichen. In diesen Regionen geht der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter besonders stark zurück. Auch der Anteil an Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen ist gering. Aus DEU können sich Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Dresden und Chemnitz beteiligen. Die Bewerbungsfrist endet am 20.10.2023.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_4442

Gesundheit und Verbraucherschutz

OSHA; Psychosoziale Risiken im Gesundheits- und Sozialwesen

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) hat am 10.09.2023 ein Diskussionspapier zum Thema der Psychosozialen Risiken, denen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Gesundheits- und Sozialwesen ausgesetzt sind, veröffentlicht. Seit 2022 arbeiten 11% aller Beschäftigten in der EU in diesem Sektor. Zu den Risiken gehören u.a. eine hohe

Arbeitsbelastung, Gewalt und Bedrohung durch Dritte, unregelmäßige und lange Arbeitszeiten und schwere emotionale Anforderungen. Dazu gaben 59% der Beschäftigten an, der Arbeitsdruck sei während der Pandemie sehr stark angestiegen. Zu den Folgen gehören -auf individueller Ebene - Depressionen, Angststörungen und psychische Beschwerden, was zu Produktivitätsverlust durch Personalausfall und Abwesenheit führt. OSHA fordert die Mitgliedsstaaten auf, weiterhin in Beratung und Therapien zu investieren, Resilienz-Training einzuführen, und die Digitalisierung zu nutzen, um die Arbeitsbelastung zu reduzieren.

<https://osha.europa.eu/de/publications/psychosocial-risks-health-and-social-care-sector>

EP; Neue Sicherheitsstandards für die Verwendung von Substanzen menschlichen Ursprungs

Am 12.09.2023 stimmte das EP mit 438 Ja-Stimmen bei 52 Nein-Stimmen und 89 Enthaltungen dafür, den Bericht von MdEP Nathalie Colin-Oesterlé (EPP/FRA) über neue Maßnahmen zur Behandlung von Substanzen menschlichen Ursprungs (SoHOs), anzunehmen. Diese strengeren und erweiterten Sicherheitsstandards zur Spende und Verwendung von SoHOs wie Blut, Gewebe und Zellen, sollen vor allem die Spenderinnen und Spender schützen. Obwohl Spenderinnen und Spender eine Entschädigung erhalten können, soll diese nicht als Anreiz zur Spende dienen, weil dadurch die Möglichkeit der Ausbeutung schutzbedürftiger Personen entstehen kann. Außerdem empfiehlt der Bericht die Schaffung einer EU-Strategie zur Sicherstellung eines ständigen Angebots der SoHOs. Hervorgehoben wird auch die Verantwortung der lokalen Behörden in Rahmen der regionalen Strategie.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230911IPR04909/donations-and-treatments-new-safety-rules-for-substances-of-human-origin>

OSHA; „MentalHealthMatters“ Projekt

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) teilte am 12.09.2023 mit, dass die Northern Dimension Partnership in Public Health (NDPHS), zu dem die OSHA als Mitglied gilt, derzeit das „MentalHealthMatters“-Projekt durchführt. Ziel des Projekts ist es, Maßnahmen für den Schutz gegen aktuelle sowie neu aufkommende psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz vorzuschlagen. Es soll ein „Erste-Hilfe-Kasten“ online veröffentlicht werden, durch den Unternehmen schnellen Zugriff auf Vorschläge haben sollen, durch welche sie besser mit psychosozialen Problemen am Arbeitsplatz umgehen können

<https://osha.europa.eu/de/oshnews/mentalhealthmatters-project-kicks-off>

EuGH; Urteil zum Rücktritt von Pauschalreisen im Zusammenhang mit einer Pandemie

Der EuGH entschied am 14.09.2023 auf Vorlage eines spanischen Gerichts in der Rechtssache C-83/22, dass ein nationales Gericht Reisende unter bestimmten Voraussetzungen über ihre Rücktrittsrechte ohne Gebühren informieren darf. Das Urteil betrifft einen Reisenden aus ESP, der vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie einen Pauschalreisevertrag mit dem Veranstalter Tuk Tuk Travel über eine Reise nach Asien im März 2020 geschlossen und die Hälfte des Gesamtreisepreises angezahlt hatte. Die Möglichkeit eines Rücktritts ohne Gebühren aufgrund unvermeidbarer, außergewöhnlicher Umstände, die am Bestimmungsort auftreten, wie es in der Pauschalreiserichtlinie vorgesehen ist, wurde im Reisevertrag des Klagenden nicht genannt. Nach Ausbruch der Covid-19-Pandemie trat der Reisende von seinem Vertrag zurück und erhob Klage auf eine teilweise Erstattung des gezahlten Reisepreises. Der EuGH, der durch das spanische Gericht um Auslegung der Pauschalreiserichtlinie gebeten worden war, betonte die Pflicht der Reiseveranstalter,

Reisende über ihre Rücktrittsrechte im Einklang mit der Richtlinie zu informieren. Der Gerichtshof stellte weiter fest, dass es angesichts der Bedeutung des durch die Richtlinie eingeräumten Rücktrittsrechts, und des sich daraus ergebenden Anspruchs auf vollständige Erstattung aller geleisteten Zahlungen, für den wirksamen Schutz von Reisenden erforderlich ist, dass das nationale Gericht eine Verletzung von Amts wegen prüfen kann, insbesondere wenn der Reisende sein Recht nicht geltend macht, weil er nicht weiß, dass es besteht. Diese Prüfung von Amts wegen unterliegt jedoch bestimmten Voraussetzungen und verlangt von dem nationalen Gericht nicht, den Pauschalreisevertrag ohne Gebühren zu beenden und dem Reisenden einen Anspruch auf volle Erstattung der geleisteten Zahlungen zu gewähren.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-09/cp230140de.pdf>

Kommission; Zulassung des neu angepassten COVID-19 Impfstoffs

Die Kommission teilte am 01.09.2023 mit, dass eine Zulassung für den angepassten COVID-19 Impfstoff Comirnaty XBB.1.5 erteilt wurde. Dies ist die dritte Anpassung auf neue Varianten, die dafür sorgen soll, dass die Immunreaktion auf existierende Varianten verbessert wird. Die Empfehlung der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) folgend, sollen Erwachsene und Kinder ab fünf Jahren, die eine Impfung benötigen, eine Einzeldosis erhalten. Durch die Nutzung des beschleunigten Beurteilungsmechanismus der EMA sorgt die Kommission dafür, dass dieser jüngste COVID-19 Impfstoff den Mitgliedstaaten in Vorbereitung auf deren Herbst-/Winter-Impfkampagnen zugänglich gemacht wird.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4301

ECDC; COVID-19 Transmission und Varianten

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) berichtete am 07.09.2023, dass in den letzten Wochen Zeichen einer Steigerung der COVID-19 Übertragungen erkannt wurden. Dabei handele es sich bei diesem Anstieg nicht um eine weitere Evolution der Krankheit, sondern um eine höhere Anzahl an Reisen und Versammlungen während des Sommers. Erkannt wurde auch das geringe Auftreten der neuen Variante BA.2.86 in der EU, jedoch ist diese nicht mit einem höheren Risiko einer schwereren Erkrankung verbunden. Unterstrichen wurde außerdem, dass die Mitgliedstaaten sich weiterhin um den Ausbau der Überwachungssysteme in der Gesundheitsversorgung kümmern sollen, da die Vollständigkeit und Aktualität der Überwachungsdaten in der EU deutlich abgenommen haben.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/epidemiological-update-covid-19-transmission-eueea-sars-cov-2-variants-and-public>

U m w e l t

Kommission; Konsultation zu Vorschriften für die Verwaltung von Schifffahrtsunternehmen im Rahmen des Emissionshandelssystems

Am 31.08.2023 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung im Bereich des Emissionshandelssystems der EU (EU-EHS). Diese Initiative beinhaltet detaillierte Vorschriften für die Verwaltung von Schifffahrtsunternehmen durch Verwaltungsbehörden im Rahmen der EU-EHS-Richtlinie, einschließlich der Zuweisung von Unternehmen an Verwaltungsbehörden. Die Konsultation ist bis zum 28.09.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13868-Emissionshandelssystem-der-EU-Vorschriften-fur-die-Verwaltung-von->

EP; Verhandlungsmandat zur Verordnung über Schadstoffe im Oberflächen- und Grundwasser

Am 12.09.2023 hat das EP das Verhandlungsmandat zur Überarbeitung der Schadstofflisten für Oberflächen- und Grundwasser angenommen. Der Bericht wurde von MdEP Milan Brglez (S&D/ SLO) vorgelegt und mit 495 zu 12 Stimmen bei 124 Enthaltungen angenommen. Mit der Überarbeitung sollen das Grundwasser sowie Oberflächengewässer vor Verschmutzung geschützt und Wasserqualitätsstandards verbessert werden. Dafür sollen die EU-Beobachtungslisten über Stoffe, die ein erhebliches Risiko für die menschliche Gesundheit und Natur darstellen, regelmäßig aktualisiert werden. Darüber hinaus sieht das Verhandlungsmandat die Aufnahme bestimmter PFAS (poly- und perfluorierte Alkylsubstanzen) in die Liste der Schadstoffe in Grund- und Oberflächengewässern vor. Sobald geeignete Überwachungsmethoden verfügbar sind, sollen auch Mikroplastik und antimikrobiell resistente Mikroorganismen zu diesen Listen hinzugefügt werden. Für Pestizide, einschließlich Glyphosat und Atrazin, sowie Arzneimittel sieht der angenommene Bericht strengere Standards vor. Außerdem sollen sich Hersteller von Produkten, in denen chemische Schadstoffe enthalten sind, gemäß dem Bericht künftig an den Überwachungskosten beteiligen, welche bislang ausschließlich von den Mitgliedstaaten getragen werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230911IPR04917/eindammung-der-chemischen-verschmutzung-in-eu-gewassern>

EP; Position zur Neufassung der Luftqualitätsrichtlinie

Am 13.09.2023 stimmte das EP mit 363 Stimmen zu 226 Gegenstimmen bei 46 Enthaltungen für den Bericht von MdEP Javi López (S&D/ ESP) über den Vorschlag für eine Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa. Der Bericht schlägt strengere Ziele für mehrere Schadstoffe bis 2035 vor, darunter Feinstaub, Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid und Ozon. Zudem soll die Anzahl an Luftqualitätsmessstellen im Vergleich zum Kommissionsvorschlag erhöht werden. Darüber hinaus sieht der Bericht vor, die Luftqualitätsindizes der Mitgliedstaaten (MS) zu harmonisieren und öffentlich zugänglich zu machen. Für jeden Schadstoff sollen außerdem Informationen über die mit hoher Luftverschmutzung verbundenen Symptome und Gesundheitsrisiken bereitgestellt werden. Für besonders gefährdete Gruppen soll es speziell zugeschnittene Informationen geben. Alle MS sollen laut EP-Position Strategiepläne für die Luftqualität nicht nur erstellen, wenn Grenzwerte überschritten werden, sondern auch um zu beschreiben, welche kurz- und langfristigen Maßnahmen zur Einhaltung der neuen Grenzwerte festgelegt werden. Bürgerinnen und Bürger, deren Gesundheit durch Luftverschmutzung geschädigt wird, sollen ein stärkeres Recht auf Entschädigung erhalten, wenn gegen die neuen Vorschriften verstoßen wird.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230911IPR04915/luftverschmutzung-strengere-grenzwerte-um-bis-2050-verschmutzungsfrei-zu-sein>

Kommission; Neue Kriterien für saugfähige Hygieneprodukte und wiederverwendbare Menstruationstassen

Die Kommission hat am 14.09.2023 aktualisierte Kriterien für das EU-Umweltlabel für saugfähige Hygieneprodukte angenommen, mit denen die bestehenden Standards für Tampons, Binden und Windeln verschärft und neue Kriterien für wiederverwendbare Menstruationstassen vorgeschlagen werden. Damit soll sichergestellt werden, dass

saugfähige Hygieneprodukte und wiederverwendbare Menstruationstassen, die das EU-Umweltlabel tragen, von hoher Qualität sind und die Umwelt weniger belasten. Die Kriterien berücksichtigen die Auswirkungen auf die Luft, die Böden und die biologische Vielfalt sowie Schäden oder Risiken durch die Verwendung von Chemikalien während des gesamten Lebenszyklus der Produkte. Außerdem enthalten die neuen Vorgaben auch Kriterien für die Gebrauchstauglichkeit, um eine hohe Produktqualität zu gewährleisten, sowie eine verpflichtende Überprüfung der sozialen Verantwortung der Hersteller in Bezug auf die Arbeitsbedingungen durch Dritte.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_4481

L a n d w i r t s c h a f t

Rat; Informelles Treffen der Agrarministerinnen und -minister zum Einsatz neuer Technologien

Bei der informellen Tagung des Rats für Landwirtschaft und Fischerei vom 03.-05.09.2023 in Córdoba (ESP) berieten die Ministerinnen und Minister über den Einsatz neuer Technologien, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten, den Klimawandel zu bekämpfen und den Agrarsektor rentabler zu machen. Angesichts des Klimawandels und zunehmender Dürren wurde über eine bessere und effizientere Nutzung von Wasserressourcen durch innovative Technologien debattiert. Im Mittelpunkt der Beratungen stand jedoch die Frage, welche Rolle neue Genomtechniken (NGT) spielen können, um die Landwirtschaft resilienter zu gestalten. Die Ministerinnen und Minister diskutierten über das Potenzial von NGT, erörterten Bedenken und betonten die Bedeutung von Transparenz und der Informationsbereitstellung für Verbraucherinnen und Verbraucher. Außerdem einigte sich der Rat in diesem informellen Treffen darauf, dass Landwirtinnen und Landwirten finanzielle Unterstützung aus dem Programm Horizont Europa und den GAP-Strategieplänen für Investitionen in neue Technologien und Schulungen zum Umgang mit diesen Innovationen zur Verfügung gestellt werden soll.

<https://spanish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/informal-ministerial-meeting-agriculture-cordoba-5-september/>

Kommission; Ausweitung der Konsultation zur Überprüfung des Schutzstatus von Wölfen in der EU

Am 04.09.2023 hat die Kommission Kommunen, Wissenschaft sowie Interessierte aufgefordert, Daten über Wolfspopulationen und den damit verbundenen Folgen zu melden. Das Einreichen von Daten ist bis zum 22.09.2023 möglich. Aufgrund der Daten wird die Kommission entscheiden, ob sie einen Vorschlag entwickeln wird, gegebenenfalls den geltenden Rechtsrahmen zu aktualisieren und den Schutzstatus des Wolfes in der EU zu ändern. Darüber hinaus forderte die Kommission die nationalen und lokalen Behörden auf, ihre Befugnisse im Rahmen des bestehenden EU-Rechtsrahmens zum Wolfsmanagement auszuschöpfen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4330

Kommission; Konsultation zu Agrarstatistiken

Die Kommission hat am 04.09.2023 eine öffentliche Konsultation zu Agrarstatistiken über tierische Erzeugung eingeleitet. Mit der Durchführungsverordnung sollen die Dateninhalte und technischen Elemente der Statistiken über die tierische Erzeugung bestimmt werden, die gemäß der Verordnung zur Entwicklung, Erstellung und Verbreitung europäischer Statistiken über landwirtschaftliche Betriebsmittel und die landwirtschaftliche Erzeugung zu erheben sind. Ziel ist es, eine Vergleichbarkeit der

Daten zwischen den Mitgliedstaaten herzustellen und eine Harmonisierung zu erreichen. Rückmeldungen sind bis zum 02.10.2023 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13906-Agrarstatistiken-tierische-Erzeugung_de

Kommission; Konsultationen zur Zertifizierung von Hopfen und Hopfenerzeugnissen

Am 05.09.2023 hat die Kommission eine delegierte Verordnung sowie eine Durchführungsverordnung zur Zertifizierung von Hopfen und Hopfenerzeugnissen zur Konsultation gestellt. Mit diesen Initiativen sollen die geltenden Vorschriften für die Zertifizierung von Hopfen und Hopfenerzeugnissen vereinfacht werden. Beide Konsultationen sind bis zum 03.10.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13571-Hopfen-und-Hopfenerzeugnisse-Zertifizierung_de

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13572-Hopfen-und-Hopfenerzeugnisse-Zertifizierung_de

EP; Abstimmung zur Kennzeichnung von ökologischem/biologischem Heimtierfutter

Am 12.09.2023 stimmte das EP über die zuvor erreichte Einigung zwischen Rat und Parlament zur Verordnung über die Kennzeichnung von ökologischem/biologischem Heimtierfutter ab. Der Bericht von MdEP Martin Häusling (GRÜNE/DEU) wurde mit dem Abstimmungsergebnis 592 zu 12 Stimmen bei 21 Enthaltungen angenommen. In Zukunft müssen 95% der Zutaten von Heimtierfutter landwirtschaftlichen Ursprungs ökologisch/biologisch erzeugt worden sein, um mit dem Logo der EU für ökologische/biologische Produktion versehen werden zu dürfen. Die Kennzeichnungsvorschriften für ökologisches/biologisches Heimtierfutter werden somit an jene für ökologische/biologische Lebensmittel angepasst. Die Verordnung soll es den Verbraucherinnen und Verbrauchern erleichtern, ökologische/biologische Zutaten in Heimtierfutter zu erkennen. Da nicht mehr 100% der Zutaten des Heimtierfutters ökologisch/biologisch sein müssen, um als solches gekennzeichnet zu werden, können auch mehr Erzeuger in den Markt für ökologisches/biologisches Heimtierfutter eintreten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230911IPR04904/parliament-adopted-clear-rules-for-organic-pet-food>

J u s t i z

Kommission; Haager Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen in Kraft getreten

Am 01.09.2023 ist das Haager Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen in Kraft getreten, dem die EU und die Ukraine beigetreten sind. Mit ihm soll sichergestellt werden, dass Entscheidungen der Gerichte anderer Staaten in Zivil- und Handelssachen international anerkannt und vollstreckt werden. Durch den Beitritt der EU und der Ukraine erkennen die Mitgliedstaaten die Urteile der Ukraine an, umgekehrt erkennt die Ukraine mitgliedstaatliche Urteile an.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/ziviljustiz-gegenseitige-erkennung-von-gerichtsurteilen-zwischen-eu-und-ukraine-2023-09-01_de

EuGH; Urteil: Voraussetzungen für Richterbeförderung in ROM

Der EuGH hat am 07.09.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-216/21 | Asociația „Forumul Judecătorilor din România“ verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass die Beförderung von Richterinnen und Richtern an ein höheres Gericht auf der Grundlage einer Beurteilung ihrer Arbeit und ihres Verhaltens durch die Mitglieder des höheren Gerichts mit dem Unionsrecht vereinbar ist. Die materiellen Voraussetzungen und die Verfahrensmodalitäten müssten jedoch so beschaffen sein, dass keine berechtigten Zweifel an der Unabhängigkeit und der Unparteilichkeit der beförderten Richterinnen und Richtern aufkommen. Dem Verfahren liegt ein Vorabentscheidungsersuchen aus ROM zugrunde.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-216/21>

EuGH; Urteil: Verbot der Doppelbestrafung kann auch bei wettbewerbsrechtlichen Verwaltungssanktionen greifen

Der EuGH hat am 14.09.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-27/22 | Volkswagen Group Italia und Volkswagen Aktiengesellschaft verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass der Grundsatz des Verbots der Doppelbestrafung "ne bis in idem" grundsätzlich auch auf Verwaltungssanktionen anwendbar sein soll, die wegen unlauterer Geschäftspraktiken verhängt wurden. Hintergrund ist ein Verfahren in ITL aus dem Jahr 2016, wonach VW 5 Mio. EUR Strafe für dort verkaufte Autos mit illegalen Abschaltvorrichtungen zahlen musste. 2018 hatte VW jedoch schon in DEU eine Geldbuße in Höhe von 1 Mrd. EUR für 10,7 Mio. betroffene Dieselfahrzeuge gezahlt, die weltweit vermarktet wurden – einschließlich der in ITL verkauften Fahrzeuge. Der Grundsatz des Verbots der Doppelbestrafung schließt aus, dass eine Strafverfolgung wegen derselben Tat eingeleitet oder aufrechterhalten werden kann, wenn eine endgültige Entscheidung vorliegt, auch wenn diese Entscheidung später ergangen ist.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-27/22>

I n n e r e s

Kommission; Rat soll Empfehlung zum besseren Schutz kritischer Infrastrukturen annehmen

Die Kommission hat am 06.09.202 eine Empfehlung des Rates für einen Konzeptentwurf für kritische Infrastrukturen vorgeschlagen. Ziel ist es, die Reaktionsfähigkeit der EU bei Versuchen der Störung kritischer Infrastrukturen zu verbessern. Inhaltlich baut der Vorschlag auf einer Empfehlung des Rates sowie einem Bewertungsbericht der EU-NATO-Taskforce auf, die seinerzeit eine Reaktion auf die Sabotage der Nord-Stream-Gasleitungen waren. Konkret sieht der Vorschlag u.a. einen Maßnahmen-Fahrplan für erhebliche Sicherheitsvorfälle bei kritischen Infrastrukturen – z.B. durch Erstellung von Lageberichten, Bereitstellung technischer Unterstützung oder durch die Aktivierung von Krisenkoordinationsmechanismen der EU – vor.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52023DC0526>

EuG; Urteil: Frontex haftet nicht für Rückkehraktion

Das EuG hat am 06.09.2023 sein Urteil in der Rechtssache T-600/21 WS u.a. / Frontex (Schadensersatzklagen wegen Rückkehraktion) verkündet. Demnach haftet die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) nicht auf Schadensersatz für im Rahmen einer Rückkehraktion entstandene Schäden. Die möglicherweise erlittenen Schäden ließen sich nicht unmittelbar auf das Verhalten von

Frontex zurückführen, so das EuG. Auch sei Frontex weder für die Prüfung von Rückkehrentscheidungen noch für Asylanträge zuständig. Geklagt hatte eine syrische Familie, die nach GRI geflohen war und dort Asyl beantragen wollte. In Kooperation mit griechischen Behörden hatte Frontex sie stattdessen in die Türkei gebracht, ohne dass sie einen Asylantrag in GRI hätten stellen können. Gegen das Urteil ist die Einlegung eines Rechtsmittels vor dem EuGH möglich.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-600/21>

EuGH; Urteil: Visafreiheit für US-Amerikaner auch ohne Gegenseitigkeit

Der EuGH hat am 05.09.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-137/21 Parlament/Kommission (Befreiung von der Visumpflicht für Staatsangehörige der Vereinigten Staaten) verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass die Kommission nicht verpflichtet war, die Befreiung von der Visumpflicht für US-Bürger aufgrund mangelnder Gegenseitigkeit im Bereich der Visa auszusetzen. Laut EuGH verfügt die Kommission nämlich über einen politischen Ermessensspielraum bei der Entscheidung, ob eine solche Aussetzung angebracht ist, wenn ein Drittstaat für Angehörige eines oder mehrerer Mitgliedstaaten eine Visumpflicht einführt.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-09/cp230130de.pdf>

EUA; Mehr als eine halbe Million Asylanträge in der EU im ersten Halbjahr 2023

Am 05.09.2023 hat die EU-Asylagentur (EUA) Zahlen zur Situation bei den Asylantragstellungen in der sog. EU+ (Mitgliedstaaten + Norwegen und die Schweiz) veröffentlicht. Demnach wurden im ersten Halbjahr 2023 insgesamt 519.000 Asylanträge verzeichnet. Ein Plus von 28% ggü. dem Vorjahreszeitraum. Dabei entfiel mit rd. 30% der größte Anteil der bis Ende Juni gestellten Asylanträge auf DEU. Der EUA zufolge handelt es sich um die höchsten Halbjahreszahlen seit den Jahren 2015 und 2016. Im Jahr 2022 waren 994.945 Anträge gestellt worden. Die EUA erklärte weiter, angesichts des „derzeit zu beobachtenden Trends“ könnte „die Zahl der Asylanträge bis Jahresende eine Million überschreiten“. Die meisten Asylanträge stellten demnach im ersten Halbjahr Menschen aus Syrien, Afghanistan, Venezuela, der Türkei und Kolumbien. Sie machten insgesamt rd. 44 % der Antragsteller aus. Zahlreiche europäische Staaten stünden bei der Bearbeitung der Asylanträge „unter Druck“, erklärte die EUA weiter. Die Zahl der Asylanträge, bei denen eine Entscheidung aussteht, sei im Vergleich zu 2022 um 34% gestiegen. Von den bearbeiteten Anträgen seien rd. 41% positiv beschieden worden.

<https://eua.europa.eu/news-events/over-half-million-asylum-applications-eu-countries-first-half-2023>

Frontex; Risikoanalyse zu Herausforderungen an den EU-Außengrenzen

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 04.09.2023 ihre jährliche Risikoanalyse im Hinblick auf die Herausforderungen an den EU-Außengrenzen für den Zeitraum 2023/2024 veröffentlicht. Demnach habe sich v.a. der zentrale Mittelmeerraum als relevante Region herausgestellt. Ursächlich hierfür sei das verschlechterte sozioökonomische Klima in Herkunfts- und Transitländern, humanitäre Krisen sowie politische Unruhen in Teilen des Nahen Ostens und Südasiens. Die Analyse registriert auch den Rückgang illegaler Grenzübertritte auf dem Landweg. Zurückzuführen sei dieser auf verstärkte Präsenz von befestigter Grenzinfrastruktur und die Aufstockung des Grenzschutzpersonals. Darüber hinaus behandelt die Risikoanalyse die Themen Dokumentenbetrug, Terrorismus und andere grenzüberschreitende Straftaten. Als bevorstehende Herausforderungen werden u.a. die langfristigen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und die potenzielle Instrumentalisierung von Migration genannt.

https://frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk_Analysis/Risk_Analysis/ARA_2023.pdf

Europol; Auszeichnung für Analysen zu DDoS-Angriffen und Anlagebetrug

Das Europäische Polizeiamt (Europol) hat am 06.09.2023 zum zweiten Mal die Auszeichnung „Kriminalanalytiker des Jahres“ verliehen. Mit dem Preis wird die Arbeit der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der kriminalistischen und operativen Analyse gewürdigt. In der ersten Kategorie ging die Auszeichnung „Operational Analyst 2023“ an das Cybercrime Investigations Team des Hessischen Landeskriminalamtes für seine Arbeit an einem Fall, der auf europaweite Distributed Denial of Service (DDoS)-Angriffe abzielte. Kennzeichnend für DDoS-Angriffe ist die hohe Anzahl der gleichzeitig angreifenden Rechner. Eine DDoS-Attacke ist daran zu erkennen, dass sie deutlich mehr Netzressourcen als der normale Verkehr beansprucht. In der zweiten Kategorie gewann das deutsche Bundeskriminalamt den Preis „Strategic Analyst 2023“ für seine Analyse zum Thema Anlagebetrug.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/europol-awards-analysis-ddos-attacks-and-investment-fraud>

EuGH; Urteil: Vorratsdatenspeicherung zur Korruptionsbekämpfung im öffentlichen Dienst unzulässig

Der EuGH hat am 07.09.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-162/22 | Lietuvos Respublikos generalinė prokuratūra verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass die Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation es nicht zulässt, dass Daten, die zur Bekämpfung schwerer Kriminalität gesammelt wurden, im Rahmen von Verwaltungsuntersuchungen wegen Korruption im öffentlichen Sektor genutzt werden. Besagte Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation betreffe nämlich nur die strafrechtliche Verfolgung. Dem Verfahren liegt ein Vorabentscheidungsersuchen aus LIT zugrunde.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-162/22>

Europol; Erster Bericht über Finanz- und Wirtschaftskriminalität

Das Europäische Polizeiamt (Europol) veröffentlichte am 11.09.2023 seinen ersten Lagebericht zur Finanz- und Wirtschaftskriminalität in der EU. Der Bericht basiert auf operativen Erkenntnissen sowie strategischen Informationen der Mitgliedstaaten und Partner von Europol. Er analysiert alle die EU betreffenden Finanz- und Wirtschaftsverbrechen sowie die Methoden organisierter Kriminalität. Der Bericht will aber auch die Erfolge der europäischen Strafverfolgungsbehörden aufzeigen und als Fahrplan zur Förderung der Zusammenarbeit in diesem Bereich dienen. Konkret verweist der Bericht u.a. darauf, dass fast 70% der in der EU tätigen kriminellen Netzwerke sich mit Geldwäsche finanzieren, fast 60% korrupte Methoden benutzen und 80% legale Geschäftsstrukturen missbrauchen. Die Hauptakteure befänden sich dabei häufig außerhalb der EU und die von den Kriminellen eingesetzten Techniken entwickelten sich schnell weiter. Ein wirksames Mittel dagegen sei Vermögensabschöpfung, bisher betrage das beschlagnahmte Vermögen aber nur 2% der jährlich geschätzten Gewinne aus organisierter Kriminalität. Diese Werte sollen verbessert werden durch das im Juni 2020 gegründete Europäische Zentrum für Finanz- und Wirtschaftskriminalität (EFECC), das die staatlichen Stellen bei ihren Ermittlungen unterstützen soll.

<https://www.europol.europa.eu/publications-events/publications/the-other-side-of-the-coin-analysis-of-financial-and-economic-crime>

Eurostat; 4,1 Mio. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine mit temporärem Schutz

Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) veröffentlichte am 08.09.2023 Zahlen über Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine mit vorübergehendem Schutzstatus. Zum 31.07.2023 hätten mehr als 4,1 Mio. Nicht-EU-Bürger, die infolge des russischen Angriffskriegs aus der Ukraine geflohen waren, einen vorübergehenden Schutzstatus in den Mitgliedstaaten gehabt. Die meisten Personen mit vorübergehendem Schutzstatus hätten DEU (28%), POL (24%) und CZE (9%) aufgenommen. Im Vergleich zu Ende Juni 2023 sei die Zahl der Personen mit vorübergehendem Schutzstatus in der EU um 1,1% gestiegen, am stärksten in DEU (+1,8%), CZE (+2,5%) und NLD (+2,9%). In POL und LET seien die Zahlen mit -0,7% und -4,2% dagegen rückläufig.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20230908-2>

Kommission; Soforthilfe für Libyen nach Überschwemmungen

Die Kommission teilte am 13.09.2023 mit, dass das EU-Katastrophenschutzverfahren aktiviert worden sei, um Libyen nach den schweren Überschwemmungen zu unterstützen. Am Vortag habe die Ständige Vertretung des Staates Libyen internationale Unterstützung beim Büro der Vereinten Nationen in Genf ersucht. Bisher hätten DEU, ROM und FIN sofort umfangreiche Hilfe in Form von Ausstattung für Unterkünfte wie Zelte, Feldbetten und Decken, 80 Generatoren, Nahrungsmitteln sowie Krankenhauszelten und Wassertanks angeboten. Darüber hinaus habe die EU zunächst 500.000 Euro an humanitärer Hilfe bereitgestellt, die über vor Ort tätige Partner für lebensrettende Gesundheits-, Wasser- und Sanitärversorgung bereitgestellt würden. Durch die Überschwemmungen seien am vergangenen Wochenende in Libyen zwei Staudämme gebrochen. Das habe lebenswichtige Infrastrukturen beschädigt. Vorläufigen Schätzungen zufolge seien mehr als 5.000 Menschen ums Leben gekommen, 9.800 würden vermisst und 20.000 seien Binnenvertriebene.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_4457

Europol; IOCTA-Spotlight-Bericht über Malware-basierte Cyberattacken

Das Europäische Polizeiamt (Europol) hat am 13.09.2023 einen Spotlight-Bericht über Malware-basierte Cyberattacken veröffentlicht. Der Bericht untersucht die Entwicklungen bei Cyberangriffen sowie die neuesten Methoden und Bedrohungen. Er stellt auch die hinter solchen Angriffen stehenden Arten von kriminellen Strukturen dar und wie diese geopolitische Veränderungen für sich ausnutzen. Malware-basierte Cyberangriffe, insbesondere Ransomware, seien demnach die größte Bedrohung, weil sie eine große Reichweite sowie erhebliche finanzielle Auswirkungen haben könnten. Die gängigsten Angriffstaktiken seien Phishing-E-Mails mit Malware, Brute-Force-Angriffe auf das Remote Desktop Protocol (RDP) und die Ausnutzung von Schwachstellen in virtuellen privaten Netzwerken (VPN). Zudem führe der Krieg in der Ukraine zu einem erheblichen Anstieg der DDoS-Angriffe (Distributed Denial of Service) gegen EU-Ziele.

<https://www.europol.europa.eu/publication-events/main-reports/cyber-attacks-apex-of-crime-service-iocta-2023>

EuGH; Schlussanträge: DSGVO regelt nicht Datenschutz bei Dopingbekämpfung

Die Generalanwältin am EuGH Tamara Capeta (KRO) hat am 14.09.2023 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-115/22 | NADA u. a. verlesen. Darin vertritt sie die Ansicht, dass eine nationale Anti-Doping-Behörde, die personenbezogene Daten eines gedopten Profisportlers im Internet veröffentlicht, nicht gegen die DSGVO verstößt. Die DSGVO sei auf den vorliegenden Sachverhalt schon gar nicht

anwendbar. Das Anti-Doping-Recht regele vorrangig den Sport als Sport. Es beziehe sich eher auf die sozialen und erzieherischen Funktionen des Sports als auf seine wirtschaftlichen Aspekte. Es gebe derzeit keine unionsrechtlichen Vorschriften, die die Anti-Doping-Politik der Mitgliedstaaten betreffen. Und selbst wenn dies doch der Fall sein sollte, könne der entstehende Eingriff in das Recht auf Datenschutz mit dem Präventionsziel einer solchen Veröffentlichung gerechtfertigt werden, so die Generalanwältin.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-115/22>

Bildung und Kultur

EP; LUX-Publikumsfilmpreis; Nominierungen

Der Ausschuss für Kultur (CULT) des EP hat am 01.09.2023 bekannt gegeben, welche Filme für den LUX-Publikumspreis 2024 nominiert worden sind. Der Filmpreis war 2007 vom EP ins Leben gerufen worden. Nominiert wurden die Filme: „20.000 Arten von Bienen“, „Fallende Blätter“, „Auf der Adamant“, „Smoke Sauna Sisterhood“ und „Das Lehrerzimmer“. Die Finalistenfilme wurden von der LUX-Auswahljury bestimmt, der Filmexpertinnen und -experten aus ganz Europa angehören. Der Film „Das Lehrerzimmer“ ist eine deutsche Produktion: Gedreht hat den Film der deutsche Filmemachers İlker Çatak. Der Film handelt von Carla, einer jungen, idealistischen Lehrerin, die beschließt, eine Reihe ungeklärter Diebstähle an ihrer Schule aufzuklären. Mithilfe einer versteckten Kamera entlarvt sie den Dieb, doch ihre Enthüllung überrascht alle und konfrontiert Carla mit einem unlösbaren Dilemma. Nun kann das Publikum auf Basis dieser Vorauswahl bis Ende Februar 2024 auf der Plattform des LUX-Publikumspreises über den Gewinnerfilm entscheiden. Die fünf nominierten Filme werden mit Untertiteln in den 24 Amtssprachen der EU in Kinos in ganz Europa gezeigt. Der Gewinnerfilm wird im März 2024 im Rahmen einer Zeremonie im EP bekannt gegeben. Der LUX-Filmpreis wurde 2007 vom EP ins Leben gerufen, um die Verbreitung von in der EU produzierten Filmen mit hoher künstlerischer Qualität zu unterstützen. Die nominierten Filme spiegeln die kulturelle Vielfalt in Europa wider und behandeln Themen wie Menschenwürde, Gleichheit, Nichtdiskriminierung, Integration, Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität.

<https://luxaward-rating.europarl.europa.eu/de/>

Kommission; Mission Klimaneutrale Städte; Horizont Europa; Ausschreibung

Die EU-geförderte Initiative „NetZeroCities“ hat am 05.09.2023 einen zweiten Fördercall für sog. Pilotstädte (Pilot Cities) in Horizont Europa veröffentlicht. Die Ausschreibung richtet sich an Städte im Rahmen der Innovationsmission und Förderlinie „Klimaneutrale Städte“ im Forschungsrahmenprogramm. Missionsstädte, die noch nicht Teil des Pilotstädteprogramms sind, können sich bewerben, um innovative Ansätze für eine schnelle Dekarbonisierung zu testen und umzusetzen. Dieses zweijährige Programm soll Städte bei der Umsetzung systemischer und lokal konzipierter innovativer Maßnahmen unterstützen, die soziale, kulturelle, technologische, naturbasierte, regulatorische und finanzielle Innovationen sowie neue Geschäfts- und Verwaltungsmodelle zur Unterstützung des Klimawandels kombinieren. Die ausgewählten Städte erhalten Unterstützung in Höhe von 0,5 bis 0,6 Mio. EUR, 1 Mio. EUR oder 1,5 Mio. EUR pro Jahr, um Forschung und Entwicklung sowie systemische Lösungen voranzutreiben und durch praktische Anwendung auf dem Weg zur Klimaneutralität Fortschritte zu erlernen. Der Aufruf für Pilotstädte läuft bis zum 06.11.2023.

<https://netzerocities.eu/pilot-cities-programme/>

Kommission; Forschung; Horizont Europa; Neues Bauhaus; Konsultation

Am 04.09.2023 hat die Kommission einige Konsultationen rund um das Thema Neues Europäisches Bauhaus (NEB) veröffentlicht. Ziel der Kommission ist es, Beiträge von interessierten Bürgerinnen und Bürgern und der Fachwelt zu den Zielen, der Umsetzung und der Finanzierung einer neuen Mission zu sammeln. Die Kommission hatte in ihrer Strategie zu den sog. Forschungs- und Innovationsmissionen des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa im Juli 2023 vorgeschlagen, eine sechste Mission im Rahmen von Horizont Europa einzurichten, die dem Neuen Europäischen Bauhaus gewidmet sein soll. Hierdurch möchte die Kommission u.a. die Themen grüne Transition und Gestaltung der bebauten Umwelt setzen. Ziel der Konsultationen ist es, Ansichten der Fachwelt über die für die Umgestaltung des Bauökosystems erforderlichen F&I einzuholen, um die richtigen Komponenten für die Gestaltung dieser potenziellen künftigen Mission zu ermitteln und zu definieren. Die Konsultation wird bis 04.10.2023 laufen. Die Beratungen über die mögliche Einrichtung der Mission NEB laufen inzwischen im Rat auf Arbeitsebene weiter, nachdem das EP per Plenarvotum für eine Mission zum Neuen Bauhaus plädiert hatte.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/MissionNEB-cons-objectives>

EP; Bericht zum System der Europäischen Schulen

Am 12.09.2023 wurde der Initiativbericht von MdEP Ilana Cicurel (RN/FRA) über „das System der Europäischen Schulen (ESS): Sachstand, Herausforderungen und Perspektiven“ angenommen. Der Bericht fokussiert sich im Wesentlichen auf bestehende Schwierigkeiten des Systems der ESS im Bereich Governance, Verwaltung und Finanzierung. Die Mitgliedstaaten (MS) werden aufgefordert, einen diskriminierungsfreien Zugang von Absolventinnen und Absolventen der ESS zu Hochschulen zu gewährleisten. Es müssten eine gerechte und gleiche Umsetzung von Lernergebnissen des ESS und des Europäischen Abiturs in den nationalen Äquivalenztabelle sichergestellt und die erforderlichen Korrekturen in den nationalen Umwandlungssystemen vorgenommen werden. Bei der Abordnung von Lehrerinnen und Lehrern an das ESS werden in dem Bericht Mängel festgestellt. Diese bezögen sich auf die derzeitigen Praktiken der Einstellung von Lehrkräften, was u.a. zu einer Diskrepanz zwischen dem Bedarf vor Ort und dem von den MS tatsächlich abgeordneten Personal führe. Der Oberste Rat der ESS wird zudem aufgefordert, ein verbessertes und faires Beschäftigungspaket für abgeordnetes und vor Ort eingestelltes Personal vorzulegen, das eine wettbewerbsfähige Vergütung, ausgeglichene Gehälter für Erzieherinnen und Erzieher sowie für Lehrkräfte an Primar- und Sekundarschulen, Klarheit über Beschäftigungsstatus und -stabilität, ein System der fortlaufenden beruflichen Weiterbildung und weitergehende Karriereaussichten innerhalb und außerhalb des ESS vorsieht.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0306_DE.html

Information, Kommunikation und Medien

EP; CULT-Ausschuss stimmt über EU-Medienfreiheitsgesetz ab

Der federführende EP-Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) hat am 07.09.2023 den Bericht von MdEP Sabine Verheyen (EVP/DEU) zum Vorschlag für ein Europäisches Medienfreiheitsgesetz (EMFA) mit breiter Mehrheit angenommen (24-3-4). Grundlage der Abstimmung waren 53 Kompromissänderungsanträge, die zuvor fraktionsübergreifend ausgehandelt worden waren. Sie ändern den Kommissionsvorschlag in einigen zentralen Punkten ab, u.a. stärken sie die

Unabhängigkeit des neuen Europäischen Gremiums für Mediendienste und erweitern den Schutz von Journalistinnen und Journalisten. Die Transparenzvorgaben zu den Eigentümerstrukturen wurden auf alle Mediendienste ausgedehnt (die Kommission hatte dies nur für Nachrichtenmedien vorgesehen) und die Regelungen zum Umgang mit Medieninhalten auf sehr großen Online-Plattformen zugunsten der Mediendienstanbieter verändert. Nach der Abstimmung im Plenum im Herbst werden die Trilogverhandlungen mit Kommission und Rat aufgenommen werden. Die EU-Botschafterinnen und Botschafter der Mitgliedstaaten hatten das Verhandlungsmandat des Rates bereits am 21.06.2023 angenommen. Das Gesetzgebungsverfahren soll vor den Europawahlen 2024 abgeschlossen werden.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/en/european-media-freedom-act-and-audiovisu/product-details/20230831CAN70864>

V e r a n s t a l t u n g e n

Gespräche von Europastaatssekretär Uwe Becker in Brüssel

Bei seinem Aufenthalt vom 05.-07.09.2023 in Brüssel führte der hessische Europastaatssekretär Uwe Becker zahlreiche Gespräche. Mit dem Vorsitzenden des Agrarausschusses im EP, MdEP Norbert Lins (EVP/DEU) erörterte Staatssekretär Becker aktuelle Fragen der EU-Agrarpolitik und zum EU-Pflanzenschutzrecht. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des EP, MdEP David McAllister (EVP/DEU) standen die Beziehungen der EU zu GBR sowie Fragen der Erweiterungspolitik insbesondere hinsichtlich der Westbalkanstaaten im Vordergrund. Die deutsche Bewerbung mit Frankfurt für den Sitz der neuen EU-Antigeldwäschebehörde (AMLA) erörterte Staatssekretär Becker mit MdEP Siegfried Muresan (EVP/ROM), stellv. Vorsitzender der EVP-Fraktion. Ferner waren der EU-Haushalt 2024 sowie die Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 (MFR) Themen des Gesprächs. Aktuelle sozialpolitische Fragen der EU-Politik besprach Staatssekretär Becker mit Christoph Nerlich, Mitglied im Kabinett vom Sozialkommissar Schmid. Schwerpunkt des Gesprächs mit Sabine Kossebau, Referatsleiterin Gesundheit in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU waren aktuelle Fragen der EU-Gesundheitspolitik insbesondere zum Pharmapaket.

Veranstaltung zu Grube Messel: „Chancen zur Förderung unseres Kulturerbes

Am 05.09.2023 richtete die Hessische Landesvertretung in Brüssel auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich eine Abendveranstaltung rund um die einzigartige hessische Fossilagerstätte Grube Messel und zur Thematik UNESCO-Geoparks aus. Durch die Veranstaltung wurde dem interessierten Brüsseler Publikum auch der belgische UNESCO Geopark Ardenne-Famenne präsentiert. Europastaatssekretär Uwe Becker erläuterte die großen Vorteile der UNESCO-Geoparks. Dies sind Regionen, welche die erdgeschichtliche Vergangenheit mit Bildung, nachhaltiger Regionalentwicklung und nachhaltigem Tourismus verbinden, so auch im Geopark Bergstraße-Odenwald, in dem Grube Messel gelegen ist. Staatssekretär Becker erklärte, Grube Messel sei aus vielerlei Gründen ein herausragender und sehr sehenswerter Ort: „Was Pompeji für die Archäologie ist, bedeutet Messel für die Paläontologie: Die Stätte gibt einen einzigartigen Aufschluss über die frühe Evolution der Säugetiere und dokumentiert die Entwicklungsgeschichte der Erde nach dem Aussterben der Saurier.“ Der neue Geschäftsführer der Grube Messel, Philippe Havlik, beschrieb sodann sehr anschaulich die Einzigartigkeit der hessischen Stätte und deren Bedeutung für Wissenschaft,

Klimaforschung und den Wissenstransfer. Grube Messel wird weltweit erforscht, so Havlik, und biete einmalige Einblicke in ein Ökosystem vor 48 Mio. Jahren, das Eozän. Fossilien und Wirbeltiere sind in Grube Messel in Ölschiefer eingebettet. Dies habe für einen Grad an Erhaltung gesorgt, der für das Zeitalter des Eozän global ein Unikum ist. Der sehr gute Erhaltungszustand der fossilen Funde von Messel habe es der Wissenschaft (in vielen Fällen zum ersten Mal!) ermöglicht, selbst kleinste funktionale Details der Pflanzen und Tiere zu beschreiben, auch dank sehr spektakulärer Funde. Von keiner anderen Fossilienfundstätte sei eine so vielfältige und fantastisch erhaltene Fauna und Flora bekannt. Dr. Thomas Lehmann von der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung beschrieb mit Blick u.a. auf Saurier sehr anschaulich, wie und in welchem Klima die Tiere damals lebten. Wie auch Staatssekretär Becker hob Philippe Havlik die Bedeutung der Wissenschaft in Grube Messel für die Klimaforschung hervor. „Fossile Zeugen“ wie Grube Messel - und der belgische Geopark Ardenne-Famenne - spielten eine zentrale Rolle für Erkenntnisse zu klimatischen Veränderungen in der Erdgeschichte. Dr. Sabine Verheyden, Forschungsleiterin am Königlichen Institut für Naturwissenschaften in Brüssel, beschrieb sehr greifbar die Genese des jungen belgischen Geoparks Ardenne-Famenne, der mehrere spektakuläre Höhlen aufweist, die von ihr erforscht werden. Georg Häusler, Direktor in der Generaldirektion Bildung und Kultur der Kommission, zuständig für den Bereich Kulturerbe, würdigte in seinem Beitrag die hohe Relevanz von Stätten wie Grube Messel und Famenne-Ardenne für Europa. Kultur, die Kulturgeschichte und die Menschheitsgeschichte seien die veritable Grundessenz Europas. Für deren Bewahrung setze sich die Kommission ein.

Digital Leaders Roundtable am 06.09.2023: „Women go digital“

Auf Einladung von Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus und Europaministerin Lucia Puttrich fand am 06.09.2023 der „Digital Leaders Roundtable“ zum Thema „Women go digital“ in der Landesvertretung statt. Es handelte sich um die siebte Veranstaltung der Reihe, die EU-Entscheidungsträger und Akteure aus Hessen zusammenbringt, um aktuelle europäische Digitalthemen zu diskutieren. Diese Ausgabe des Digital Leaders Roundtables stellte die Förderung von Mädchen und Frauen im IT-Bereich in den Mittelpunkt. Unter reger Beteiligung des Publikums wurden europaweit Erfahrungen zum Thema geteilt, länderspezifische Besonderheiten und Herausforderungen vorgestellt sowie Vorbilder sichtbar gemacht. Moderiert wurde die Veranstaltung wieder von Silke Wettach, WirtschaftsWoche.

Europakomitee Hessen e.V. führt Gespräche in Brüssel

Eine Delegation des erweiterten Vorstands des Europa-Komitee Hessen e.V. hielt sich unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Christof Riess am 06./07.09.2023 in Brüssel auf, um Gespräche zu aktuellen europapolitischen Themen zu führen. Nach einer Begrüßung durch Uwe Becker, Hessischer Staatssekretär für Europangelegenheiten, stand zunächst ein Treffen mit Eva Johnen, Leiterin der Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Brüssel, auf dem Programm. Dabei ging es u.a. um die Belgische Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2024. Mit Tobias Reckmann, EU-Korrespondent im ARD-Studio Brüssel, unterhielten sich die Vorstandsmitglieder über Fragen der EU-Medienberichterstattung. Jan Hendrik Dopheide, Mitglied im Kabinett von Exekutiv-Vizepräsident Maroš Šefčovič, informierte die Gäste über den derzeitigen Stand der Beziehungen zwischen der EU und dem GBR. Ferner ließ sich die Delegation von Konteradmiral Jürgen Ehle, Senior Military Advisor Managing Director for CSDP and Crisis Response im Europäischen Auswärtigen Dienst, auf den neusten Stand der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik bringen. Zudem kam es zu einem Gedankenaustausch mit hessischen Europaabgeordneten Vizepräsidentin Nicola Beer (Renew/DEU), MdEP Engin Eroglu Renew/DEU, MdEP Martin Häusling

(GRÜNE/DEU) und MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU). Christian Baukhage, Antici in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, stellte aktuelle europapolitische Themen aus Sicht der Bundesregierung vor. Schließlich informierte Niels Schuster, Generaldirektion Klimapolitik der Kommission über den Stand der EU-Klimaschutzpolitik und des European Green Deal.

SWP diskutiert zum EU-Asylkompromiss

Am 07.09.2023 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU eine Diskussionsveranstaltung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zu der Frage "Der EU-Asylkompromiss: Vielversprechender Entwurf oder Fehlstart?" statt. Kontrovers diskutierten hierzu Raphael Bossong von der SWP, MdEP Lena Düpont (EVP/DEU) und Florian Trauner, Direktor des Forschungszentrums für Migration, Diversität und Justiz der Vrije Universiteit Brussel. Als Konsens auf dem Panel kristallisierte sich die Einschätzung heraus, dass Glaubwürdigkeit und Zukunftsfähigkeit der EU nicht unmaßgeblich von einer Verabschiedung des Asyl- und Migrationspaketes noch in dieser EP-Legislaturperiode abhängen. Allerdings dürfe man die Erwartungen an sofortige Auswirkungen in der Praxis nicht zu hoch hängen, da hierfür noch eine Reihe an Umsetzungsschritten erforderlich seien, so Raphael Bossong. Auch Lena Düpont betonte, dass der Asylkompromiss keine kurzfristige, sondern eine langfristige Lösung sei.

Gespräche von Europastaatssekretär Uwe Becker im EP in Straßburg.

Am 12./13.09.2023 führte der Hessische Europastaatssekretär Uwe Becker Gespräche im Europäischen Parlament. Dabei stand die Bewerbung Frankfurts für den Sitz der neuen EU-Antigeldwäschebehörde (AMLA) im Vordergrund. Dies erörterte der Staatssekretär mit dem Vorsitzenden der deutschen Gruppe der Grünen im EP, MdEP Rasmus Andresen (GRÜNE/DEU), mit dem EVP-Koordinator im Wirtschafts- und Währungsausschusses des EP, MdEP Markus Ferber (EVP/DEU) sowie mit MdEP Karolin Braunsberger-Reinhold (EVP/DEU), Mitglied im EP-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Bei den Gesprächen mit MdEP Andresen und MdEP Ferber ging es auch um das von der Kommission vorgelegte Bankenrisikopaket und die Frage des Erhalts der Institutssicherung für Sparkassen und Genossenschaftsbanken sowie die Beratungen zur Reform der Clearingregeln in der EU nach dem Austritt von GBR. Mit MdEP Lena Düpont (EVP/DEU) wurden aktuelle Fragen zur Asyl- und Migrationspolitik erörtert und mit MdEP Dennis Ratke (EVP/DEU) aktuelle EU-sozialpolitische Themen. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im EP, MdEP Daniel Caspary (EVP/DEU) standen Fragen zur EU-Handelspolitik und der Kommissionsvorschlag für ein Recht auf Reparatur im Vordergrund. Bei dem Gespräch mit den hessischen MdEP Engin Eroglu (RN/DEU) und MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) standen aktuelle hessische Themen der EU-Politik, wie die Bewerbung Frankfurts für den Sitz der AMLA, das Bankenpaket und Fragen der EU-Rüstungsindustrie auf der Tagesordnung. Staatssekretär Becker verfolgte die Rede von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Lage der Union sowie die anschließende Debatte.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

18.09.	Rat Landwirtschaft und Fischerei
18./19.09.	Informelle Ministertagung Bildung und Jugend
19.09.	Rat Allgemeine Angelegenheiten
21./22.09.	Informelle Ministertagung Verkehr
25.09.	Rat Wettbewerbsfähigkeit
25./26.09.	Informelle Ministertagung Kultur
27./28.09.	Informelle Tagung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“,
28.09.	Rat Justiz und Inneres
29.09.	Informelle Ministertagung „Kohäsionspolitik“

Ausschuss der Regionen

18./19.09.2023	CIVEX-Fachkommissionssitzung EU-Rahmen für die Korruptionsbekämpfung (Meinungsaustausch) Die Fazilität für die Ukraine (Abstimmung)
26.09.2023	COTER-Fachkommissionssitzung Die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 (Abstimmung) Ausbau der nachhaltigen und effizienten grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Nachbarländern (Abstimmung)
28./29.09.2023	ENVE-Fachkommissionssitzung Europäischer Grüner Deal und Gesundheit (Meinungsaustausch) Eine Multi-Level-Governance für den Grünen Deal: Überarbeitung der Verordnung über das Governance- System für die Energieunion und für den Klimaschutz (Abstimmung) Bodenüberwachung und -resilienz (Bodengesundheitsgesetz) (Meinungsaustausch) Europäische Wasserstoffbank (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

- 19.09.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-48/22 P Google und Alphabet / Kommission (Google Shopping)
Missbrauch marktbeherrschender Stellung durch Vorzugsbehandlung des eigenen Preisvergleichsdienstes
- 21.09.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-143/22 ADDE u.a.
Grenzkontrollen
- 21.09.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-164/22 Juan
Europäischer Haftbefehl und Grundsatz ne bis in idem
- 21.09.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-116/22
Kommission / Deutschland (Erhaltung besonderer Schutzgebiete)
Umsetzung der Habitatrichtlinie
- 21.09.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-47/22
Apotheke B.
Genehmigung zur Ausübung der Tätigkeit eines Arzneimittelgroßhändlers
- 21.09.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der
Rechtssache C-605/21 Heureka Group
(Online-Preisvergleiche)
Wettbewerbsrecht
- 21.09.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in den
verbundenen Rechtssachen C-414/22 DocLX Travel
Events und C-584/22 Kiwi Tours
Rückerstattung der Reisekosten bei pandemiebedingten
Umständen
- 21.09.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der
Rechtssache C-582/22 Die Länderbahn u.a. Nachträgliche
Überprüfung von Nutzungsentgelten für das DB-
Eisenbahnnetz
- 26.09.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große
Kammer) in der Rechtssache C-753/22 Bundesrepublik
Deutschland
Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft in zwei
Mitgliedstaaten
- 27.09.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der
Rechtssache C-400/22 Conny
Rechtsangleichung im Mietrecht
- 28.09.2023

- Urteile des Gerichtshofs in den Rechtsmittelsachen C-320/21 P und C-321/21 P Ryanair / Kommission
Covid-19-Krise: Staatliche Beihilfen Schwedens und Dänemarks zugunsten von SAS
- 28.09.2023
- Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-470/21 La Quadrature du Net u.a. (Personenbezogene Daten und Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen)
Erhebung der Identitätsdaten zu IP-Adressen
- 28.09.2023
- Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-536/22 VR Bank Ravensburg-Weingarten
Vorfälligkeitsentschädigung aus einem Darlehensvertrag
- 28.09.2023
- Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-336/22 f6 Cigarettenfabrik
Steuern auf Tabakwaren

EuG

- Urteil des Gerichts in den Rechtssachen T 131/16 RENV Belgien / Kommission und T-263/16 RENV Magnetrol International / Kommission
Tax Rulings – Steuerbefreiungen in Belgien für multinationale Unternehmen
- 20.09.2023
- Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 64/20 Deutsche Telekom / Kommission
Wettbewerb in der Telekommunikationsbranche
- 21.09.2023
- Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 58/20 NetCologne / Kommission
Wettbewerb in der Telekommunikationsbranche
- 22.09.2023
- Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 69/20 Tele Columbus / Kommission
Wettbewerb in der Telekommunikationsbranche
- 22.09.2023
- Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 28/22 Ryanair / Kommission
Staatliche Beihilfen
- 22.09.2023
- Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-235/22 Russian Direct Investment Fund / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 26.09.2023
- Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-77/20 Ascenza Agro und Industrias Afrasa / Kommission
Landwirtschaftliche Maßnahmen
- 27.09.2023

27.09.2023

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-172/21 Valve /
Kommission
Kartellrecht bei Geoblocking-Praktiken

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 29.09.2023.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA